



Verhandlungsschrift

über die am **Dienstag, dem 07. Juni 2022**
in der Welser Stadthalle stattgefunden

7. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr.
Ende der Sitzung: 19.04 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 6. Sitzung des Gemeinderates vom 02.05.2022 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Anwesende

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer, BSc MSc

Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl

Christoph Angelo Rigotti

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

Gemeinderäte:

Mag. Bernhard Humer

Laurien Scheinecker, BA

Mag. Hannah Stögernüller

Silvia Huber, MPA

KR. Karl Schönberger

Gloria-Maria Umlauf

Christian Kittenbaumer

Johann Reindl-Schwaighofer MBA

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Mag. Walter Teubl

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

NEOS

Gemeinderat

Markus Hufnagl, MBA

MFG

Gemeinderat

Jörg Wehofsich

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Verlauf der Sitzung

Der 1. Vizebürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 24.05.2022 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an Vzbgm. Raggl-Mühlberger
betreffend Projekt Community Nurse für Wels
Projekt Community Nurse für Wels
Verf-015-W-11-2022

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin,

das Pilotprojekt „Community Nurse“ stellt einen Meilenstein für die österreichische Pflege- und Gesundheitsversorgung dar. Im Zuge der Ausschreibung dieses Pilotprojekts haben sich etliche österreichische Gemeinden, Sozialhilfeverbände und andere kommunale und regionale Institutionen um eine Teilnahme beworben. Unter anderem auch die Stadt Wels, welche auch einen Zuschlag erhalten hat. Dem Vernehmen nach wurde dieser Zuschlag aber nur mit gewissen Auflagen gewährt. So sollte unter anderem das zu betreuende Einzugsgebiet verkleinert werden, eine Auflage, von der die verantwortliche Welser Vizebürgermeisterin laut vorliegendem Protokoll der Ausschuss-Sitzung behauptet, dass diese nicht erfüllbar gewesen wäre.

Es liegen aber Informationen aus dem Welser Magistrat vor, dass es seit der Genehmigung des Projektes für die Stadt Wels und der einhergehenden Information über notwendige Adaptierungen keinerlei Informationsfluss mehr gab, womit sich der Eindruck aufdrängt, dass es keinen Versuch gab, die nötigen Adaptierungen vorzunehmen.

1. Gab es im Vorfeld der Ausschreibung für das Pilotprojekt „Community Nurse“ erläuternde Meetings oder Workshops, bei welchen die Rahmenbedingungen für eine Teilnahme an diesem Pilotprojekt dargelegt wurden?
2. Wenn es solche Meetings oder Workshops gab, nahmen an diesen VertreterInnen der Stadt Wels teil?

3. Gab es nach Einreichen der Projektunterlagen durch die Stadt Wels bis zur Entscheidung über einen Zuschlag Kontakt zwischen befassten Stellen im Ministerium oder damit beauftragten Stellen und der Stadt Wels in Sachen des Pilotprojektes „Community Nurse“? Wenn ja, wurde dazu die Stadt Wels auf mögliche Nachschärfungen hingewiesen?
4. Unter welchen Auflagen erhielt die Stadt Wels den Zuschlag beim Projekt „Community Nurse“?
5. Haben auch andere AntragstellerInnen im Zuge der Genehmigung ihrer Projekte Auflagen erhalten? Ist hier etwas bekannt?
6. Wie wurden diese Auflagen der Stadt Wels mitgeteilt?
7. Welche Frist hatte die Stadt Wels ihr Konzept zu adaptieren?
8. Wurde seitens der Stadt Wels auf die Aufforderung geantwortet?
9. Falls es keine Antwort darauf gab, warum?
10. Wurden mögliche Fristen zur Adaptierung des Projektes durch die zuständigen Stellen im Ministerium verlängert?
11. Welche Antwort auf die Aufforderung zur Adaptierung des Projektes „Community Nurse“ in der Stadt Wels gab es seitens der Stadt Wels?
12. Ruht das Projekt „Community Nurse“ in Wels wie in der Ausschuss-Sitzung vom 19.04.2022 behauptet oder wurde es auf Grund nicht vorgenommener, aber geforderter Adaptierungen nunmehr abgelehnt?
13. Wenn es abgelehnt wurde, seit wann ist diese Ablehnung bekannt? Bitte um Nennung des Datums des Eingangstempels bzw. des Eingangsdatums per E-Mail.
14. Gab es wie im oben erwähnten Protokoll eine Stellungnahme des Städtebunds oder des Gemeindebunds, der eine Adaptierung der Projektleitlinien vorsah?
15. Waren Städte- oder Gemeindebund in dieses Projekt eingebunden?
16. Sind Städte- oder Gemeindebund in die Frage der Zuerkennung oder Aberkennung eines Projektes eingebunden? Wenn ja, wie war der Prozess im Fall der Stadt Wels?
17. Wie erklären Sie sich den Umstand, dass die beiden oben genannten Institutionen vom möglichen Entzug des Projekts wussten und nichts dagegen einzuwenden hatten?
18. Von wie vielen eingereichten und bereits genehmigten Projekten, denen wie im Fall von Wels der Zuschlag wieder entzogen wurde, wissen Sie?

19. Warum wurde in der oben erwähnten Sitzung des zuständigen Ausschusses behauptet, dass es sich um ein ruhendes Projekt handelt, wenn dieses aber der Stadt Wels wieder entzogen wurde?
20. Wie erklären Sie sich die unserer Fraktion zugegangenen Informationen aus dem Magistrat, dass auf die Aufforderung zur Nachbesserung nicht reagiert wurde?
21. Wie wird die Stadt Wels nach Absage des Projektes nun Sorge dafür tragen, dass dieses Projekt dennoch in Wels starten kann? Aus welchen Eigenmitteln wird die Stadt Wels dieses finanzieren?

Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger wird die Anfrage mündlich in der nächsten Sitzung beantworten.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS betreffend Aufstellung von Parkbänken in Regenbogenfarben
Verf-015-I-9-2022

Vzbgm. Kroiß verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

StR. Schäfer, BSc MSc: Wels-Hilfsorganisationen: Hungerkrisen werden immer schlimmer, Eurozone: Inflation bei 8 %, Energiepreise explodieren! Österreich: Finanzminister Brunner im Korruptionsausschuss, Oberösterreich: Weiter Kritik an Seniorenbund-Coronaförderungen. Wels: Dringlichkeitsantrag über zehn bunte Bänke und einen bunten Zebrastreifen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Instrument des Dringlichkeitsantrages ist grundsätzlich ein gutes und richtiges. Die Geschäftsordnung des Gemeinderates zählt für alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und einzelne Gemeinderäte gleichmäßig. Im § 7 der Geschäftsordnung steht, dass der Dringlichkeitsantrag nur im Falle einer Dringlichkeit zulässig ist. Eine Dringlichkeit ist dann gegeben, wenn eine spätere Befassung durch den Gemeinderat ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf.

Was ist an zehn kunterbunten Bänken und an einem bunten Zebrastreifen in der Fuzo so dringlich? Vielleicht ist es dringlich, weil es in der Innenstadt wenig Sitzgelegenheit gibt? Dem ist aber nicht so, denn wir haben zahlreiche Sitzgelegenheiten, die zum Verweilen einladen und neue, sehr gut zum Stadtbild passende Sitzbänke. Liegt es an der mangelnden Verkehrssicherheit, weil vielleicht der Zebrastreifen zu gefährlich ist? Daran liegt es wohl auch kaum, denn dieser Zebrastreifen ist zusätzlich durch eine Ampel und eine Lichtanlage gesichert.

Ich habe versucht mir objektiv zu überlegen, warum dieser Antrag so dringend sein könnte. Und bin zu der Entscheidung gekommen, dass ich selber keine objektive Meinung zu diesem Thema finden kann. Vielmehr schwirren subjektive Gedanken herum, dass hier

Symbolpolitik im öffentlichen Raum betrieben wird. Bei Benutzung der Suchmaschine kamen mir gleich einige Schlagzeilen des Tages entgegen: „Hungerkrisen werden immer schlimmer, die Inflation ist bei acht Prozent, die Energiekosten explodieren weiter, der Finanzminister steht immer noch unter Befragung durch den Korruptionsausschuss“ und „Corona-Hilfebetrug“ ist auch noch ein Thema.

Das brachte mich tatsächlich zu dem objektiven Entschluss dieser vorliegende Antrag ist nicht besonders dringlich, denn wir in Oberösterreich und in Wels haben ganz andere Probleme, die wir vorher lösen sollten. Wir werden ihnen diesen Formfehler des Dringlichkeitsantrages verzeihen und werden dann später auch die Debatte inhaltlich mit ihnen führen.

GR. Hufnagl, MBA: Lieber Kollege Ralph Schäfer, vielleicht darf ich dir erklären, warum wir diesen Antrag jetzt im Juni behandeln sollen. Der Juni ist ein spezieller Monat und daher möchten wir diesen jetzt in der Gemeinderatssitzung im Juni diskutieren und hoffentlich auch beschließen. Es ist ein Zeichen für diese Community, für die wir uns hier alle einsetzen und dieses Zeichen passt am besten in den Pride Month, den Juni.

Ja, wir haben viele andere Probleme auf dieser Welt. Aber für die anderen Fraktionen ist es sehr wohl möglich mehrere Themen auf einmal zu behandeln. Ich denke auch die FPÖ-Fraktion wird es schaffen, sich nicht nur auf die großen Themen, sondern sich auch auf dieses Thema zu konzentrieren und die Aufmerksamkeit etwas mehr aufzuteilen.

StR. Ganzert: Ich werde hier nicht irgendwelche Schlagzeilen wie der Kollege Schäfer vorlesen bzw. Google befragen. Die Aussage des Kollegen Schäfer war die Dringlichkeit per se, dass wir heute im Jahr 2022 dastehen und uns darüber mokieren müssen, ob das dringlich oder nicht dringlich ist und was sich alles in dieser Welt tut. Es sollte eigentlich ein Selbstverständnis sein und wir haben gerade in der LGBTQ-Community Gleichstellung – auch rechtliche – gesehen. Es geht darum im öffentlichen Raum das entsprechend zu schaffen.

Das sind politische Botschaften und wird hier diskutiert. Wir haben Pride-Month und daher wird in den meisten Städten bereits eine Regenbogenfahne gehisst und ein starkes Zeichen gesetzt. Ich verstehe nicht, warum sich die Mehrheitsfraktion so dagegen wehrt bzw. sich davor fürchtet. Wir haben ein kunterbuntes Stadtlogo, ein CI, welches die Buntheit und Vielfalt unserer Stadt zeigt. Wenn es darum geht das Ganze mit ein paar Bankbänken und einem Fußgängerübergang zu zeigen, so wird das ins Lächerliche gezogen. Die größte Erklärung zur Dringlichkeit war der Kollege Schäfer, der aufzeigte, warum man im Juni 2022 über so etwas im Gemeinderat überhaupt noch diskutieren muss.

Dem Antrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Aussetzung der mit 01. Juli 2022 in Kraft tretenden CO2-Steuer;
Resolution an die Bundesregierung
Verf-015-I-10-2022

Vzbgm. Kroiß verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Mag. Hammerl: Dieser Dringlichkeitsantrag ist wichtig und es hat seitens einiger Fraktionen schon Fragen betreffend Dringlichkeit gegeben. Vor uns liegt ein Antrag auf eine Resolution des Gemeinderates der Stadt Wels an die Bundesregierung. Die Resolution hat die Aufforderung zum Inhalt die geplante Einführung einer CO2-Steuer auszusetzen, jedenfalls aber das Inkrafttreten zu verschieben.

Am 03. Oktober 2021 hat die Bundesregierung die Strukturreform mit dem klingenden Titel öko-soziale Steuerreform vorgestellt. Darin ist vorgesehen durch eine neue Steuer 30,00 Euro pro Tonne CO2 einzuheben. In den nächsten drei Jahren soll sich aber diese Abgabe auf 55,00 Euro pro Tonne fast verdoppeln. Der Staatskasse fließen damit in dreieinhalb Jahren 4,6 Mrd. Euro zu, die direkt aus der Geldtasche der Steuerzahler kommen. Im konkreten bedeutet das eine Preissteigerung bis 2025 bei Erdgas von 13,4 Cent pro m³, bei Benzin von 14,1 Cent pro Liter, bei Diesel von 16,2 Cent pro Liter und bei Heizöl von 17,9 Cent pro Liter.

Laut Statistik Austria haben wir die höchste Inflationsrate seit 1975 und in diesem Monat wird noch mit einer Inflation in Höhe von ca. acht Prozent gerechnet. Jeder, mit dem man spricht, stöhnt unter den extrem gestiegenen Preisen und viele wissen nicht mehr wie sie ihr Leben und die monatlichen Fixkosten finanzieren sollen. In der heute veröffentlichten Umfrage von IMAS empfinden dreiviertel der Befragten die hohe Inflation als Belastung. Gerade Familien leiden im Moment besonders unter den Kosten. Acht von zehn Befragten glauben, dass weitere Preissteigerungen bei Lebensmittel und Energie drohen.

Heute Vormittag wurde auf orf.at die Schlagzeile „Überschuldeten fehlt das Geld für den Privatkonkurs“ veröffentlicht. Der Vorsitzende des Verbandes für Schuldnerberatung warnt öffentlich, dass die starke Teuerung auch dazu führt, dass mehr und mehr Überschuldete sich einen Privatkonkurs nicht mehr leisten können, weil bei Schuldnern immer mehr neue Schulden dazukommen.

Gerade jetzt kommt unsere Bundesregierung und will noch einmal Geld einheben. In nicht einmal drei Wochen soll die CO2-Steuer in Kraft treten und die geschundenen Steuerzahler zur Kasse gebeten werden. Auch am Freitag war den Medien zu entnehmen, sie hätten aus informierten Kreisen erfahren, die Einführung der CO2-Steuer soll auf Herbst verschoben werden.

Allerdings ist besondere Eile mit dieser Resolution geboten. Wir müssen darauf aufmerksam machen, dass sich die Bundesregierung mit der Einhebung der CO2-Steuer völlig verrennt und dem Steuerzahler nicht zugemutet werden kann in einer nie dagewesenen Teuerungswelle noch weitere Abgaben in geschätzter Höhe von 4,6 Mrd. Euro aufzubürden. Die Dringlichkeit ist daher in den wenigen verbleibenden Tagen bis zur Einführung der neuen CO2-Steuer verbunden mit der akut und unvorhersehbar seit wenigen Wochen eingetretenen Teuerungswelle zu sehen. Die nächste Gemeinderatssitzung käme damit zu spät, um eine Resolution an die Bundesregierung zu senden. Zumal auch

heute den Medien zu entnehmen ist, dass die Bundesregierung gerade ihre getroffene Entscheidung überdenkt und damit jedenfalls unsere Resolution einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung und neuerlichen Entschlussfassung in Wien beitragen kann. Ich ersuche sie daher, der Dringlichkeit dieses Antrages zuzustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Natürlich ist es dringlich und ein immer dringlicheres Anliegen, dass immer größere Bevölkerungsgruppen nicht wissen wie sie die Energiekosten, die Lebensmittelkosten etc. bestreiten sollen. Aber ich möchte die FPÖ-Fraktion daran erinnern, bereits im Jänner diskutierten wir dieses Thema und es war nicht dringlich genug wenn es darum ging, diese Themen als Stadt selber anzugreifen. Wirklich etwas Essentielles zu tun. Auf die anderen zu zeigen und sagen, sie sollen etwas machen, ist eine ganz leichte Politik und entspricht euren Zugang.

Zur CO2-Bepreisung gibt es einen gesellschaftlichen Konsens dies zu tun. Diese 9 Cent haben keinerlei Auswirkungen bei den derzeitigen Preisentwicklungen. Wir können über diesen Antrag diskutieren welche Maßnahmen wir gemeinsam als Stadt machen. Darum glauben wir es ist dringend. Es ist einfach diesen Inhalt zu beschließen wo wir wissen, dass die Bundesregierung schon diskutiert, die Aussetzung eigentlich schon beschlossen hat und sogar den Ausgleichsbeitrag auf bis zu 250,00 Euro erhöhen will.

Das ist eine billige Politik, bei der es um Effekthascherei geht, aber nicht um Lösungen für die Probleme der Bevölkerung.

GR. Mag. Teubl: Wer die Medien verfolgte wird wahrscheinlich nicht nur gehört haben, dass die Inflation den Menschen zu schaffen macht, sondern vielleicht auch, dass die Bunderegierung ohnehin eine Verschiebung des Inkrafttretens beabsichtigt. Insofern ist dieser Antrag nicht nur nicht dringlich, sondern obsolet und sollte von der FPÖ-Fraktion zurückgezogen werden.

Offene Türen einzurennen ist eine nicht sehr schlaue Angelegenheit. Abgesehen davon, dass wir hier schon bei dieser Begründung der Dringlichkeit eine sehr ausufernde Begründung inhaltlicher Natur vorgefunden haben. Das entspricht nicht der Geschäftsordnung und wir lehnen daher die Dringlichkeit dieses Antrages ab.

GR. Hufnagl, MBA: Ja, es ist dringlich! Wissen sie was dringlich ist? Es ist dringlich endlich etwas für unser Umwelt, für den Klimaschutz zu tun. Diese CO2-Besteuerung ist ein wichtiger Beitrag dazu. Werden die Maßnahmen dazu immer wieder verschoben, so verschieben wir schon seit Jahren die Maßnahmen zum effektiven Klimaschutz. Deswegen sollte das schon so in Kraft treten wie geplant.

StR. Dr. Oberndorfer: Ich sehe es ähnlich wie der Kollege Mag. Teubl und kann beim besten Willen nicht nachvollziehen was dieser Antrag hier eigentlich soll. Der Gemeinderat ist nicht das zuständige Organ über eine CO2-Bepreisung oder über eine CO2-Steuer abzustimmen. Ich bin generell kein Freund von Resolutionen und man sollte sich Gewähr werden, worüber man zu entscheiden hat und diese Dinge dann auch ernst nehmen.

Wir können nachdenken, was wir als Stadt machen können. Das wäre sinnvoll investierte Zeit. Das hier nicht, noch dazu wo die Bundesregierung schon ankündigte die CO2-Bepreisung zu verschieben. Wie man auf dieser Basis die Dringlichkeit begründen will, entschließt sich mir nicht. Insbesondere würde mich interessieren wie aufgrund der schon

vorgelesenen Geschäftsordnung die Dringlichkeit begründet werden kann, wo die Bundesregierung doch schon ankündigte das Ganze zu verschieben.

Ich würde in Zukunft solche Themen unterlassen, jeder Fraktion steht dazu eine Wortmeldung zu, aber solche Themen können wir nach der Gemeinderatssitzung diskutieren. In diesem Plenum widmen wir uns den wichtigeren Dingen, die wir entscheiden können.

Bgm. Dr. Rabl und GR. Wiesinger nehmen ab 15.20 Uhr an der Sitzung des Gemeinderates teil.

Bgm. Dr. Rabl: Entschuldigen sie bitte meine Verspätung! Die Stadt Wels wurde heute in Wien ausgezeichnet und ich durfte den Preis entgegennehmen. Wir sind jene Gemeinde, die in Oberösterreich am Stärksten gegen die Korruption kämpft – österreichweit nach Wien sind wir die Nr. 2.

Zur Dringlichkeit des Antrages möchte ich festhalten, dass dieser Antrag zu einem Zeitpunkt eingebracht wurde, wo die Bundesregierung dazu noch keine Stellungnahme abgegeben hat. Das passierte bekanntlich erst später und die Entscheidung von der Bundesregierung zu diesem Thema ist noch nicht gefallen. Es wird in Erwägung gezogen, aber nicht mehr.

Dass wir regelmäßig Resolutionen an die Bundes- oder Landesregierung haben, ist das jetzt nach einem halben Jahr keine so ungewöhnliche Situation. Wir machen selber etwas gegen diese Teuerung und das dürfte dir, lieber Johnny, auch nicht ganz verborgen geblieben sein. Immerhin haben wir um mehrere 100.000 Euro einen Energiekostenzuschuss über das Normale ausbezahlt und hier nicht wenig Geld in die Hand genommen. Ich würde mir wünschen andere sozialdemokratisch geführte Gemeinden würden das ebenfalls gemacht haben. Diesbezüglich ist mir dazu keine Information zugekommen. Vielleicht kommt das noch, wenn man sieht, dass das eine sinnvolle Maßnahme ist.

Dass es eine sinnvolle Maßnahme ist bestätigt sich darin, weil kurze Zeit später die Bundesregierung genau diesen Energiekostenzuschuss in gleicher Höhe wie die Stadt Wels selbst noch einmal eingeführt hat. Das zeigt wir waren bei diesem Thema etwas weiter vorne als alle anderen.

Es ist wichtig dem Bund Informationen zu übermitteln, wie die Städte oder Gemeinden über ein Thema denken. Wenn das nicht als dringlich bezeichnet wird, wenn den Leuten zunehmend das Geld ausgeht, wir mehr Pleiten, mehr soziale Probleme in diesen Bereichen haben und es nicht als dringlich bezeichnet wird, wenn wir gerade jetzt eine Aussetzung dieser Maßnahme brauchen, wann ist dann der richtige Zeitpunkt um darüber zu diskutieren? Dabei meine ich nicht nur den von der Bundesregierung kolportierten Zeitraum bis Herbst, sondern über einen längeren Zeitraum.

Ich wäre erfreut, wenn diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird. Wenngleich ich zugestehende bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen zeichnet sich das derzeit nicht ab. Deswegen ist es notwendig etwas ausführlicher über diese Dringlichkeit zu reden. Ich ersuche daher nochmals um Zustimmung zu dieser Dringlichkeit.

Dem Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Vzbgm. Kroiß: Beide Dringlichkeitsanträge werden nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Friedrich Pöcherstorfer, Wels;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-7-2021

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 23.05.2022:

Herrn Friedrich Pöcherstorfer wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Umsetzung des Oö. Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetzes 2021,
Oö. GBG 2021; Gleichstellungsprogramm 2022
DI-Präs-043-2022

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 23.05.2022, der Gemeinderat der Stadt Wels möge das beiliegende Gleichstellungsprogramm 2022 beschließen.

GR. Scheinecker, BA: Ich habe im Ausschuss bereits bekundet warum ich mich der Stimme enthalten habe. Wir diskutierten in der Fraktion darüber – vor allem die Frauen – und beschlossen uns der Stimme zu enthalten. Bei mir steht eine persönliche Überlegung dahinter. Es kann über viele Fakten diskutiert werden und ich weiß, dass von manchen Fraktionen bestritten wird, dass gendergerechte Sprache eine Notwendigkeit wäre oder die Lesbarkeit angezweifelt wird.

Bis vor einem Jahr war ich selbst noch Magistratsbedienstete und laut einem Aktenvermerk aus 2016 reicht es, wenn grundsätzlich vorne angeführt wird, dass Frauen und Männer gemeint sind und eine geschlechtergerechte Sprache wird dadurch nicht gebraucht. Darüber gibt es unterschiedliche Diskussionen. Ich vertrete wahrscheinlich eine andere Meinung als viele Mitglieder der Freiheitlichen Fraktion und weiß, dass es oft in der Verwendbarkeit schwierig ist. Es fällt auch mir nicht immer ganz leicht zu gendern im tatsächlichen Reden. Ich bemühe mich zu gendern und es ist für mich tatsächlich etwas Erlerntes. Ein familiäres Beispiel aus meinem Umfeld zeigt mir, dass es einen Unterschied macht. Diese Geschichte erzeugte bei mir zum ersten Mal einen emotionalen Kontext. Die Quälerei, die ich mir selbst antue, weil ich mich bemühe geschlechtergerecht zu sprechen. Sprache ist etwas, das man lernt, das man in Verwendung hat und sich verändert.

Ich habe zwei kleine Töchter und eine Kinderärztin. Meine dreijährige Tochter hatte Fieber und als leicht nervöse Mutter sagte ich zu ihr: „Josefa, wir müssen zum Kinderarzt fahren“. Daraufhin fing sie zu weinen an. Ich brauchte lange, um das Problem dabei zu verstehen, da sie bis dahin immer gerne zur Kinderärztin ging. Beim Kinderarzt sieht sie mich ganz entgeistert an und meint, dass wir gar nicht zu einem Kinderarzt gehen, sondern zu unserer Ärztin.

Für meine Tochter sind solche Dinge - für die ich mich bemühen muss, die mir eine Überwindung kosten - so selbstverständlich, weil ich mit ihr gendergerecht spreche. Ich spreche Frauen als Frauen an und für meine Tochter macht es einen Unterschied. Jedes Mal, wenn wir uns bemühen müssen, ist es für unsere Kinder eine Normalität, weil wir es ihnen vorleben. Aus diesem Grund enthalte ich mich heute der Stimme. Der Antrag enthält viele begrüßenswerte Maßnahmen, glaube aber, dass geschlechtergerechte Sprache 2022 eigentlich Standard sein sollte. Vor allem im öffentlichen Dienst muss es Standard sein und es macht einen Unterschied für die nächste Generation, die vielleicht damit ganz normal aufwächst und wir einen Wachstumseffekt eingrenzen. Dieser fällt uns manchmal schwer, den wir emotional diskutieren, der für Kinder und junge Menschen ganz normal sein könnte, wenn wir uns nicht die ganze Zeit darüber in den Haaren liegen.

Ich begrüße viele Maßnahmen, die Leitlinien lesen sich sehr schön, aber es fehlen einfach Dinge und geschlechtergerechte Sprache fehlt, wenn sie im öffentlichen Dienst einfach nicht gelebt wird.

GR. Mag. Lackner: Ich möchte allgemein auf den Bericht eingehen. Das vorliegende Gleichstellungsprogramm 2022 wurde gemeinsam mit den Dienstgeber- und Dienstnehmervetretern erarbeitet. Dadurch kann der gesamtheitliche Blick sichergestellt werden. Das Ziel dieses Programmes ist, dass die Bediensteten der Stadt Wels für eine aktive Gleichstellungspolitik sensibilisiert werden und eine Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern erreicht wird bzw. die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sicherstellen kann.

Aufbauend auf den Vorgängerprogrammen der letzten Jahre mit den vier Leitzielen:

1. Aktive Gleichstellung – vorrangig beim beruflichen Aufstieg
2. Einkommenstransparenz – Gleiche Entlohnung bei allen Personen. Es gibt hier keine Unterschiede. Es ist die Transparenz auch dahingehend für die Mitarbeiter gegeben, weil die Einreichungs- und Nebengebührenverordnung jederzeit für jeden im Intranet ersichtlich ist. Noch mehr Transparenz geht fast nicht.

3. Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein ganz wichtiges Leitbild. Es soll den Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht werden. Dazu gibt es sehr viele Beispiele. Vom Herrn Bürgermeister wurde schon das Papamonat erwähnt. Daneben gibt es aber zahlreiche Wiedereinstiegsmaßnahmen, Teilzeitmodelle und die in letzter Zeit stark ausgebauten Telearbeit. Lauter wichtige Maßnahmen, um Familien und Beruf gut vereinbaren zu können.
4. Bewusstseinsbildung. Auch hier wird sehr viel gemacht, sei es im jährlichen Bildungsprogramm, bei Führungskräftebildungen, bei Coaching oder bei der Jungakademikerausbildung.

Der zweite Teil des Berichts befasst sich mit dem statistischen Bereich. Der Bericht wurde Ende November 2021 erstellt und damals waren 1499 Mitarbeiter bei der Stadt Wels beschäftigt. 70 % davon sind weiblich, weil natürlich in der Senioren- bzw. in der Kinderbetreuung sehr viele Frauen beschäftigt sind. Davon sind wiederum fast 70 % in Teilzeit beschäftigt, da von diesen sehr viele Kinder im Betreuungsalter haben. Genau hier ist der große Pluspunkt der Stadt Wels, weil wir sehr viele familiengerechte Arbeitszeitmodelle haben. Wir bekommen dazu sehr gute Feedbacks von den Mitarbeitern und bei Vorstellungsgesprächen wird angeführt, gerade deswegen die Stadt Wels auszusuchen. Hier ist es möglich Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren zu können und wir sind daher ein wirklich attraktiver Arbeitgeber. Darauf können wir stolz sein!

Wir haben 101 Führungskräfte, angefangen von den Abteilungs- und Dienststellenleitern bis hin zu den Leiterfunktionen in der Kinder- und in der Seniorenbetreuung, im handwerklichen Bereich sind in der Zwischenzeit 57 % weiblich. Das ist der richtige Weg, den wir gehen.

Bei der Politik ist mir persönlich wichtig, dass die Forcierung der Frauen in wirklich allen politischen Ebenen wichtig ist, denn die Demokratie lebt davon, dass Männer und Frauen angemessen da vertreten sind, worüber für sie entschieden wird. Im Gemeinderat sind 13 Frauen und mich freut, dass immer mehr eine kommunale Tätigkeit übernehmen wollen. Aber im Stadtsenat sieht es leider nicht so schön aus. Meine Herren, hier gibt es etwas zu tun!

GR. Wippl, BA BA: Zweifelsohne gibt es immer noch Benachteiligungen der weiblichen Bevölkerung. Da hilft es aber herzlich wenig, wenn man dem Bürger auch noch das „innen“ dazu spendiert. Dazu zwei Beispiele aus der Praxis. Was ein Binnen-I oder das Gendern mit unserer Sprache macht wird mit einem Satz aus dem Deutschbuch klar deutlich: „Eine/r ist Zuhörer/in, der/die andere ist Vorleser/in. Eine/r liest den Abschnitt vor, der/die Zuhörer/in fasst das Gehörte zusammen.“ Gut verständlich – oder? Nicht verwunderlich, dass nach einer repräsentativen Studie aus dem Jahr 2021 für ein Viertel der 500 Befragten, darunter 51 % Frauen gegenderte Texte schwer lesbar sind und 2/3 (66 %) der Befragten lehnen gendergerechte Sprache sogar ab.

Auch der Duden hat das generische Maskulinum (Wörter für die kein spezifisches Geschlecht vorgesehen ist) bereits verbannt und verwendet immer mehr das Binnen-I. Das hat jedoch die Bedürfnisse und Probleme der Frauen sicher nicht gestillt, denn die Pflege- und Familienarbeit ist einer Frau deshalb noch nicht zur Pension angerechnet worden und ist nicht der drohenden Altersarmut entkommen. Letzteres zeigt auch die aktuelle Genderstatistik der Statistik Austria. Ein niedriges Erwerbseinkommen und Versicherungsverläufe, die vor allem durch Kindererziehungen Lücken aufweisen,

schlagen Großteils bei Frauen auf bei niedrigen Pensionen und einem erhöhtem Armutsrisiko.

Die Armutsgefährdung bei pensionierten Frauen liegt bei 25 % und bei Männern bei 19 %. Zu den besonders armutsgefährdeten Personen zählen Alleinerziehende. Ein-Elternhaushalte – fast ausschließlich bestehend aus Frauen mit Kindern – haben mit 31 % das höchste Armutsrisiko aller Haushaltstypen. Tendenz steigend! Meiner Auffassung nach sind das frauenpolitische Themen, die der Handlung bedürfen. Das Binnen-I ist nicht nur schwer lesbar und erlernbar, sondern unterstützt sicher keine Frau bei einer aufkommenden Altersarmut, einer niedrigen Pension oder vor gewalttätigen Übergriffen. Das Binnen-I ist Teil einer falsch verstandenen Gleichmacherei, die sicher keiner Frau Vorteile bringt.

GR. Mag. Drack: Wir werden uns als Fraktion bei diesem Antrag auch der Stimme enthalten. Es wurde von allen Fraktionen betont wie wichtig dieses Anliegen ist. Im Programm stehen sehr viele sinnvolle Sachen, wie die Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern in den Verwendungen und alle Bediensteten der Stadt Wels für eine aktive Gleichstellungspolitik zu sensibilisieren. Die GRÜNE-Fraktion steht hier natürlich sehr stark dahinter und unterstützen alle Bestrebungen in diese Richtung.

Bei genauer Durchsicht des Gleichstellungsprogrammes 2022 betreffend der Beschäftigungsstruktur ist ersichtlich, dass eine Gleichstellung in den Verwendungen ganz und gar nicht gegeben ist. Natürlich kann gesagt werden, Reinigung sei ein frauendominanter Beruf. Allerdings ist das nicht das Ziel, das so bleibt. Im Gleichstellungsprogramm wird darauf hingewiesen, dass eine Ausgewogenheit in den Verwendungen hergestellt werden soll.

In den unteren Lohngruppen (FL 20 - FL 25) gibt es einen hohen Frauenanteil mit teilweise 93 %. Das Gleichstellungsprogramm gibt es seit 2011. Es ist daher vorgeschrieben, dass Städte mit Statut ein Programm entwickeln müssen. 2012 wurde dann das erste Programm im Gemeinderat beschlossen. Im Vergleich von 2012 zu heute hat sich die Ungleichheit in den unteren Lohngruppen überall verschärft.

Es ist daher kein Grund sich auf Lorbeeren auszuruhen oder so zu tun als sei alles eitle Wonne bzw. es sei so viel erreicht worden. Im Bereich der Führungskräfte gibt es zwar einen Anteil von 44 % weiblich zu 56 % männlich, aber es kann noch von keiner Parität gesprochen werden. Bei den Teilzeitbeschäftigten gibt es nämlich einen Anstieg von 8 Teilzeitbeschäftigten 2012 zu 37 Teilzeitbeschäftigten. Wobei 35 davon weiblich sind. Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe, die aber in der Gesamtdiskussion berücksichtigt werden müssen.

Wir nehmen dieses Thema sehr ernst und wünschen uns der Gemeinderat möge uns nicht nur alle sechs Jahre im Rahmen vom Beschluss des Gleichstellungsprogrammes darüber informieren, sondern vielleicht kontinuierlich jährlich oder alle zwei Jahre über die Fortschritte. Außerdem regen wir an wieder einen Frauenausschuss einzurichten, weil dieses Thema sicher nicht so leicht zu lösen ist. Vor allem im Bereich der Bewusstseinsarbeit können sehr viele Aktivitäten gesetzt werden. Dazu wäre ein Frauenausschuss sicher ein geeignetes Instrument.

Das Thema geschlechtergerechte Sprache möchte wir auch noch einmal betonen. Wie Kollegin GR. Wippl meinte, dass keiner Frau damit geholfen sei, würde ich in Abrede stellen. Es gibt sicher verschiedene Sprachgebräuche. Im Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion wird bei einkommensschwachen Personengruppen von Alleinerziehern gesprochen, so erzeugt das sicher ein Verständnisproblem. Es sind hauptsächlich Alleinerzieherinnen betroffen von Einkommensproblemen und nicht Alleinerzieher. Wenn ich schon nicht Alleinerzieherinnen schreiben will, obwohl das 90 % der Alleinerziehenden sind, dann kann „alleinerziehend“ geschrieben werden und nicht das Maskulinum verwenden. Im Grunde unterstützen wir alle Bestrebungen in Richtung Gleichstellung, werden uns heute aber der Stimme enthalten.

GR. Wehofsich: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Wir sprechen über gendern. Dabei wird aber nicht darauf geachtet, dass gewisse Fraktionen nicht einmal in der Lage sind, bevor sie zu sprechen anfangen, den Gemeinderat und Stadtrat zu begrüßen. Ich plädiere unbedingt darauf, dass auch weiter in Zukunft auf verpacktem Hühnerfilet – wie bereits fotografiert - „HühnerInnenfilet“ steht.

StR. Ganzert: Ich werde jetzt nicht erklären was ein „HühnerInnenfilet“ ist, denn das kann richtig oder falsch gelesen werden, melde mich aber zu Wort, weil die Diskussion sehr spannend ist. Die Stadt Wels macht das aufgrund der gesetzlichen Grundlage des Oö. Gleichbehandlungsgesetzes. Hier ist die Setzung von Maßnahmen und Erstellen von Statistiken vorgeschrieben. Das wird in der Stadt Wels und wurde in der Vergangenheit auch gemacht. Allerdings ist nicht alles Gold was glänzt.

Bei den Statistiken gehört etwas mehr herausgerechnet. Was zählt da alles dazu? Den großen Frauenanteil haben wir leider in Bereichen mit geringem Verdienst: in der Pflege, in der Kinderbetreuung, in der Reinigung, im Facilitymanagement. Wo haben wir den hohen Anteil in der Führung? Wenn ich zu diesem großen Anteil in der Führung die Hausgruppen-, Heimgruppen- und Kindergartengruppen hinzurechne, dann komme ich auf diesen Wert. Bei den Abteilungsleitern und den Dienststellenleitung haben wir nicht diese Parität. Rechne ich mir das ein bisschen genauer durch, so sind die Zahlen nicht mehr so rosig. Ich möchte aber nicht verhehlen hier auf dem richtigen Weg zu sein.

Die Geschichte der Kollegin Scheinecker hat mir sehr gut gefallen und ich denke Sprache erzeugt Bilder. Deshalb möchte ich sie kurz bildlich auf eine Reise mitnehmen, mit einem Vater, der mit seinem Sohn mit dem neuen Auto eine Spritztour machen. Bei einem Unfall verstirbt der Vater am Unfallort. Der Sohn ist schwer verletzt und wird mit der Rettung in das Krankenhaus gebracht. Der Arzt sieht das Kind an und meint: „Ich kann nicht operieren, es ist mein Sohn.“ Wir funktioniert das? Es ist eine Ärztin und ist die Mutter des Sohnes, aber in der bildlich gesprochenen Sprache holen wir die Menschen nicht ab.

Es stimmt, Frauen haben es sehr schwierig, sie tapen leicht in die Altersarmut, haben Probleme, weil sie für die Erziehung, die Pflege, die Familie und sehr viele Aufgaben in unserer Gesellschaft zuständig sind. Dadurch fehlen ihnen oft Erwerbszeiten. Die Sprache ist aber etwas Bildliches und soll etwas ermöglichen. Deshalb hat mir das Beispiel mit der Tochter der Kollegin Scheinecker sehr gut gefallen, weil es oft Hemmschwellen sind und sich das bei Berufsbildern und manchen Situationen gut darstellt. Bei „Ich gehe zum Arzt“ haben viele wahrscheinlich einen Mann mit weißem Kittel und einem Stethoskop vor Augen. Aber vielleicht nicht die Ärztin.

Es sind zwar kleine Dinge, die nicht die gesamte Welt verändern. Aber es tut nicht weh zu versuchen sich im Sprachbild besser zu artikulieren. Es geht sehr stark um Vorbilder und viele solcher Dinge. Deswegen ist es mir wichtig. Ich genderte bereits in der Schule bei meinen Schularbeiten - das war natürlich immer eine Fehlerquelle in Deutsch. Es war mit damals einfach wichtig, weil es meine Ausdrucksweise ist. Ich ertappe mich oft dabei bei nicht gendergerechter Sprache Menschen außen vorzulassen.

Eine Stadt Wels, eine Verwaltung, der öffentliche Dienst hat eine gewisse Vorbildfunktion. Spreche ich von Bürgerinnen und Bürger so kann ich auch das Neutrum verwenden und habe so eine Vorbildfunktion. Wir hatten einen Leitfaden für gendergerechte Sprache. Man muss nicht immer so kompliziert gendern und einfachere Sprachformeln finden. Leider haben wir das abgeschafft. Schade, da kein großer Aufwand, aber die Wirkung wird oft unterschätzt.

Ich erzähle diese Geschichte immer ganz gerne, weil bei Berufsgruppen oft nur an ein Geschlecht gedacht wird. Das ist vielleicht ein Problem, wenn wir dann Kindergartentante sagen und Berufsgruppen ganz bewusst einem Geschlecht zuordnen und bewusst als männlich und weiblich bezeichnen.

Um zum Gleichstellungsprogramm zurückzukommen wäre interessant zu sehen, wie viel die Männer und wie viel die Frauen verdienen. Auch wenn im öffentlichen Dienst Männer und Frauen im gleichen Job dasselbe verdienen, so gibt es natürlich noch eine strukturelle Ungleichbehandlung. Es sind mehr Männer im MINT- und IT-Bereich. Diese verdienen etwas anderes als in der Pflege. Das könnte alles auf einer Ebene diskutiert werden, wo hier tatsächlich die systematische Gleichbehandlung und Gleichstellung unserer Generation ist.

Es ist nicht zu viel verlangt, wenn wir etwas tun, das nichts kostet und als positives Zeichen die gendergerechte Sprache anwendet. Man muss nicht die Erzieher und Erzieherinnen sagen, aber es kann zumindest in der Mehrzahl gesagt werden. Ansonsten ist es eine Verhöhnung, weil einerseits wird aufgezeigt wie schlimm die Situation für viele Frauen ist und dann ist es einem nicht einmal wert in einem einfachen Satz das in den Mund zu nehmen und festzuschreiben.

GR. DI. Haydinger: Lieber Stefan, deine anfangs erwähnte Geschichte hat einen langen Bart und hinkt ganz gewaltig, denn ich kann dazu einen Satz präsentieren: „Der König schickt die Wache los, um den Angreifer mit dem Schwert zu töten“. Hast du als Wache einen Mann oder eine Frau im Kopf? Ich gehe davon aus, dass du einen Mann in Ritterrüstung vor dir hast, obwohl ich von „die Wache“ gesprochen habe. Das sind sehr viele Dinge, die man im Kopf hat. Liebe Laurien, du wirst deinen Kindern sicher kein falsches Weltbild vermittelt haben, aber gerade deshalb wundert mich dieses Beispiel schon ein wenig, dass dein Kind Rotz und Wasser heult, weil sie offenbar Angst davor hat zu einem männlichen Arzt zu gehen.

Ich finde es spannend heute über Gleichbehandlung und Gleichberechtigung zu sprechen und uns nur mehr über dieses Thema der gendergerechten Sprache zu unterhalten. Es gibt mittlerweile Sätze, die nicht mehr lesbar sind. Vielleicht für uns noch, weil wir alle der deutschen Sprache mächtig sind, aber es gibt sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund, mit Sehbehinderungen, mit Einschränkungen und anderen Beeinträchtigungen.

Ich habe dazu ein Beispiel gelesen, indem ein Autist sagt die Texte nicht mehr lesen zu können, weil er an diesen Sternchen hängen bleibt. Das ist für ihn wie ein Gefängnis. Er kann diese Texte nicht mehr lesen. Solche Aussagen dürfen wir nicht außer Acht lassen. Ich möchte nicht mehr näher auf die Movierung eingehen, das heißt, die Begriffe vom Maskulinum ins Femininum zu transferieren. Das ist grammatikalisch nicht richtig.

Abschließend möchte ich noch ein gutes Beispiel aus dem Englischen bringen, wo damals als erste Frau Margaret Thatcher prime minister wurde. Die Engländer sind nicht auf die Idee gekommen diesen Begriff als prime ministress umzunennen, sie sind bei diesem Begriff geblieben. Sie hatten damals schon das Bewusstsein und das Selbstverständnis bei diesem Begriff zu bleiben, bei der Bezeichnung des Berufes prime minister. Die Deutschen haben diesen Fehler natürlich gemacht und Frau Merkel als Bundeskanzlerin bezeichnet. Wir müssen diese Selbstverständlichkeit haben nicht automatisch mit einem Begriff das Geschlecht zu verbinden.

GR. Scheinecker, BA: Wenn ich so dezidiert angesprochen werde, werde ich schon noch eine Wortmeldung abgeben. Ich erziehe meine Kinder grundsätzlich so, dass es keinen Unterschied macht, ob die Ärztin per sei ein Mann oder eine Frau wäre. Meine Tochter hat ein Vertrauensverhältnis zu ihrer Kinderärztin. Von dem ist es dann natürlich abhängig, ob sie sich dort wohlfühlt oder nicht. Geschichten können, müssen aber nicht unbedingt verdreht werden.

Wir diskutieren hier die Gleichstellungs- und Gleichbehandlungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst im Hause Magistrat. Wollen wir über Altersarmut reden, so können wir lange Diskussionen anbrechen über die lebenslange Durchrechnung der Schwarz-Blauen Koalition. Das ist reale Situation, die geschaffen wurde und die Frauen in die Altersarmut treibt. Es ist sehr wohl eine Bewusstseinsache, denn umsonst haben wir nicht österreichweit Girls`Days und MINT-Aktionstage, um die Mädchen für technisch versierte Berufe zu motivieren.

Es ist völlig klar – hier verwenden wir kein generisches Maskulinum -, dass die Pädagogin im Kindergarten steht und es ist uns völlig logisch Abteilungsleiter zu haben. Das wird nicht hinterfragt. Viele Berufe, meistens die Arbeitsberufe, werden nur in der weiblichen Form angedeutet. Es ist Realität, dass die meisten Frauen in Teilzeit gehen und selten die Väter, weil angenommen wird, dass wir uns um die Kinder kümmern. Das sind die Realitäten, die Altersarmut schaffen und die für einen geringeren Verdienst der Frauen sorgen. Wir müssen uns überlegen was wir mit den Kindern tun und der Vater bleibt vielleicht im Papamonat zu Hause. Die Möglichkeit, dass wir darauf aktiv zugehen, damit der Papa in Karenz geht und die Magistratsmitarbeiterinnen an ihrer Karriere basteln können, wären bewusstseinsbildende Maßnahmen.

Es gibt sicher wichtigere Dinge als geschlechtergerechte Sprache, brauchen aber nicht bei einem Thema das andere Thema mitreißen, denn dann sollte grundsätzlich nur mehr über den Ukraine-Konflikt gesprochen werden. Jedes andere Thema bleibt ab sofort liegen. Jedes Thema hat seine Berechtigung und vor allem muss die Gleichbehandlung unterschiedliche Ebenen haben, weil es ganz oft um die Bilder in unseren Köpfen geht. Bilder in den Köpfen unserer nächsten Generation, die es vielleicht etwas besser macht.

Dann gibt es diese Frage nicht mehr, wie viele Männer und Frauen im Stadtsenat sitzen. Das ist ein kontinuierlicher Prozess, den wir als Gesellschaft leisten müssen und dieser kann auch da anfangen.

GR. KR. Schönberger: Es ist eine Frage der Sensibilität, wenn es um das Thema gendern als solches geht. In der Postenbesetzung ist die Stadt Wels auf einem guten Weg. Genauso wie in der Gleichbehandlung und in der Entlohnung zwischen den Geschlechtern. Die Privatwirtschaft ist davon weit entfernt. Auch da hat der öffentliche Dienst mehr oder minder Vorreiterwirkung. Warum sollte es beim Gendern nicht auch funktionieren, dies mit einer gewissen Sensibilität in den Köpfen der Menschen zu verankern damit es zur täglichen Routine wird.

Um diesen Anspruch geht es. In die Privatwirtschaft werden wir nicht eingreifen können, aber in den öffentlichen Körperschaften hätten wir die Möglichkeiten diese Dinge zu tun, um diese Sensibilität letztendlich zu zeigen und diesen Anspruch muss man stellen dürfen. Dieser Anspruch muss gestellt werden, denn sonst wird die Sprache sich nicht verändern. Mir ist das Binnen-I viel lieber als die vielen Fremdwörter, die uns tagtäglich in unserer Sprache überfallen. Wir treffen uns nicht mehr, sondern wir committen uns, wir laufen nicht mehr, sondern wir joggen.

Die deutsche Sprache ist mittlerweile ohnehin schon weit von Deutsch weg und daher wird das Gendern auch nicht unbedingt dazu führen, uns morgen nicht mehr in Gesprächen zu verstehen. Es geht hier wirklich um das Thema Sensibilität mit Augenmaß. Im Nonnenkloster braucht keiner zu gendern, wenn einer von euch dort eine Rede hält.

GR. Hufnagl, MBA: Vor zwei Jahren gab es hier im Gemeinderat eine Beschlussfassung zum Thema Kulturleitbild. Im Rohentwurf standen zwei Sätze: „Die Stadt Wels setzt auf Geschlechtergerechtigkeit und Gendersensibilität in allen Maßnahmen des Kulturentwicklungsplanes.“ und „Die Stadt Wels bekennt sich zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Abschaffung der geschlechterspezifischen Diskriminierung.“ Auf Antrag der FPÖ-Fraktion wurden diese beiden Sätze aus diesem Kulturleitbild herausgestrichen. Es zeigt das Gendern ist nicht nur ein Problem in der Verwendung der Sprache, sondern wir haben ein ganz grundsätzliches Problem.

GR. Mag. Drack: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrter Gemeinderäte und Gemeinderätinnen und sehr geehrter Herr Jörg Wehofsich! Ich hoffe die Begrüßung passt jetzt und werde sie zum einzigen und letzten Mal in dieser Form machen. In Zukunft werde ich keine Begrüßung machen, denn ich halte diese Redundanz für nicht sehr geschickt, wenn jeder Gemeinderat bei jeder Wortmeldung diese ganze Litanei ablässt. Der Gemeinderat ist ein Gremium, bei dem es um das Inhaltliche gehen sollte. Es könnte nur bei der ersten Rede zur Eröffnung alle Gemeinderäte, die Zuseher etc. begrüßt werden, aber bei jeder Wortmeldung ist das einfach zu viel.

Herr GR. Wehofsich! Bei dem wenigen, was ich von ihnen als MFG-Mandatar gehört habe – einzelne Sätze, die kürzer waren als die Begrüßung, meistens verwirrt – ersuche ich sie bei dem Wenigen was man von ihnen hört, sich nicht auf Kosten anderer Personen lustig zu machen!

GR. Wiesinger: In dieser Diskussion haben sich einige Kolleginnen und Kollegen massiv verlaufen. Beim Gleichbehandlungsgesetz geht es darum, dass jeder gleich viel verdient

und jeder jeden Job bekommt. Unabhängig davon, welches Geschlecht er hat. Wir diskutieren jetzt über das Binnen-I. Ich darf daran erinnern, dass wir in Österreich zwischen sechs verschiedenen Geschlechtern „männlich“, „weiblich“, „divers“, „inter“, „offen“ und „keinen Eintrag“ wählen können.

Wird hier jemand angesprochen mit dem Binnen-I oder werden hier vier Geschlechter nicht angesprochen? Wo ist hier die Gleichbehandlung? Wie schwierig die ganze Umsetzung ist, ist beim Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion ersichtlich. Schreibt euch auf die Fahne, wie wichtig gendergerechte Sprache ist. Ihr sagt, wie wichtig das Binnen-I ist und beim Antrag schreibt ihr dann, „dass die Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses bei der nächstfolgenden Sitzung vom zuständigen Referenten“ – es gibt aber auch eine Referentin.

Wir erlassen hier eine für die Zukunft gültige Verordnung. Es kann einmal sein, dass der zuständige Referent eine Frau ist. Es ist ersichtlich, wie schwierig es ist, die gendergerechte Sprache umzusetzen. Auch euch passiert es, daher lassen wir es, wie es ist. Es geht darum, dass alle Personen - unabhängig der sechs Geschlechter - gleichbehandelt werden, gleich viel verdienen und die gleichen Möglichkeiten im Job haben. Um das geht es und nicht uns in Diskussionen um das Binnen-I, welches Fleisch weiblich ist oder nicht, zu verlaufen, sondern lassen wir es dort wo es ist.

Vzbgm. Mag. Schininger: Subsummierend für mich darf ich nach dieser doch etwas längeren Debatte feststellen, dass es grundsätzlich ein gesellschaftspolitisches unterschiedliches Denken und unterschiedliche Zugänge zu dem einen oder anderen Thema gibt. Besonders offenbar im Bereich gendergerechte Sprache. Subsummierend für mich auch, dass es Menschen in unserem Land gibt, die durchaus fortschrittlich und in die Zukunft denkend orientiert sind und manche eher konservativ, rückwärtsdenkend.

Lieber Kollege Wehofsich, laut Duden ist das Huhn ein Substantiv, Neutrum und sächlich ist. Das heißt, es gibt kein männlich oder weiblich. Lieber Kollege Haydinger, ich weiß nicht wie fit du in der englischen Sprache bist, aber im Englischen gibt es zu beinahe 100 % bei den Substantiven kein Geschlecht. Ich möchte jetzt nicht oberlehrerhaft sein, aber wenn man es sagt, dann sollte es richtig sein.

Bgm. Dr. Rabl: Teilweise muss ich den Kopf über diese Debatte schütteln. Lesen wir uns doch bitte einmal den Antrag durch. Die Gleichbehandlungskommission unterstützt von der Dienststelle Personal erstellte ein Programm. Bei den Inhalten wurde darauf geachtet, dass ein praktikabel umsetzbares Programm erstellt wird. Ziel dieses Programmes ist es, die Gleichbehandlung zu verbessern.

Es geht hier nicht um eine gendergerechte Sprache, wer jetzt wen wie anspricht und daraus ideologische Debatten zu machen, sondern es geht um einen Maßnahmenkatalog. Sehen wir uns die Maßnahmen in unserer Stadt an, so sind wir erfreulicher Weise im Vergleich zu vielen privaten Institutionen, aber auch im Bereich zu vielen anderen Städten und Ländern durchaus sehr gut unterwegs. Das muss man auch würdigen können! Es stimmt, wir können besser werden, man kann immer besser werden. Wenn wir bei der wichtigen Maßzahl der Führungskräfte schon fast eine Parität erreicht haben, so ist uns viel gelungen.

Es ist nicht die letzten zwei, drei Jahre passiert, sondern es ist immer ein langer Prozess. Aber tun wir bitte nicht so, als wäre alles in dieser Stadt Passierende eine riesige Katastrophe. Das Gendern war heute eigentlich nicht das Thema. Wer gendert konkret im medialen Bereich? Weder die Presse, Kronenzeitung, der Kurier, der Standard, der Falter (besonders beliebt bei der SPÖ) noch ZackZack (bei den GRÜNEN) gendern. Warum wohl? Es geht hier nicht um eine ideologische Frage – wie das manche meinen -, sondern um die Frage der Praktikabilität.

Ist es praktisch, kann es leicht gelesen werden – ja oder nein? Weil das Ziel von all dem was wir hier tun, wenn es gelesen werden soll ist, dass die Leute kein Problem haben beim Lesen. Es soll flüssig über die Bühne gehen und der Inhalt soll sinnerfassend verstanden werden können. Es ist leichter zu schaffen, wenn die Sprache so geschrieben wird, wie wir es gewohnt sind, wie wir es gelehrt bekommen, wie wir es selbst gelernt haben und wie sie leicht verständlich ist, so lassen wir doch diese Frage betreffend die Kirche im Dorf.

Besonders bedauerlich finde ich, wie manche Redner es taten, immer gleich ein Werturteil damit verbinden. Ist man für das Gendern, so ist man zukunftsgerichtet und ist man dagegen, so ist man rückwärtsgerichtet. Warum muss eine Meinung immer gleich mit einem moralischen Werturteil verbunden sein? Das ist überhaupt nicht nötig. Es ist eine Meinung, nicht mehr und nicht weniger - nur eine Meinung! Über diese kann man sich austauschen, diskutieren, für oder gegen diese Meinung argumentieren, aber es bleibt immer eine Meinung.

Das heißt nicht, dass dieser diese Meinung vertretende Mensch in irgendeiner Weise schlechter ist als ein anderer Mensch, der eine andere Meinung vertritt. Pluralismus ist in unserer Demokratie höchst notwendig und ich ersuche in diesem Gremium sich darauf zu beziehen diese Meinungen mit Argumenten zu diskutieren und sie nicht mit Werturteilen zu unterlegen. Das heißt, bitte nicht gleich zu sagen du bist ein schlechterer Mensch, weil du diese oder jene Meinung hast. Das ist der falsche Weg, weil uns das dazu führt uns den Diskussionen zu verweigern und uns dann nur mehr über Werturteile und moralische Kategorien zu unterhalten.

Es geht hier um ein Programm zur Förderung dieser Gleichstellung, das praktikabel ist und mit dem Dienststellenausschuss und der Personalvertretung erarbeitet wurde. That's it! Aus!

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird mit

	<u>23 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
gegen	<u>10 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
	<u>angenommen.</u>

Vzbgm. Mag. Schininger, GR. Mag. Humer und GR. Faber sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

3.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2022/006

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 23.05.2022:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

	<u>28 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
gegen	<u>3 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion)
und	<u>1 Nein-Stimme</u> (NEOS)
	<u>angenommen.</u>

Vzbgm. Mag. Schinninger, GR. Mag. Humer, GR. Kittenbaumer und GR. Faber sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

4.)

Wels Linien GmbH, Wels, Stelzhamerstraße 27;
Mietvertrag zwischen der Stadt Wels und der
Wels Linien GmbH für die Welser Busdrehscheibe samt
zugehörigen Anlagen am Kaiser-Josef-Platz
SD-KFM-143-2022

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 23.05.2022:

Beiliegender Mietvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels, vertreten durch ihre gesetzlichen Vertreter, Stadtplatz 1, und der Wels Linien GmbH, vertreten durch ihre organschaftlichen Vertreter, Wels, Stelzhamerstraße 27, betreffend Grundstück Nr. 2536/4 KG. 51242 Wels zur Nutzung als Busdrehscheibe wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

5.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
die Festsetzung von Tarifen für die Sommerferienaktion 2022
(Sommerferienaktion-Tarifordnung 2022)
BK-J-123-2022

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 16.05.2022:

Beiliegende „Sommerferienaktion-Tarifordnung 2022“ wird beschlossen.

GR. Wohlschlager: Aus der Praxis heraus kann ich sagen Eltern sind müde. Eltern sind nach zwei Jahren Pandemie müde ihre Kinder selbst zu betreuen. Haben im vergangenen Jahr sich die Eltern noch nach alternativen Betreuungsformen umgesehen, engagierten sich zum Teil noch, um die Kinderbetreuung hinzubekommen, so geht heuer der Trend in Richtung Fremdbetreuung, denn immer mehr Eltern nehmen diese in Anspruch. Daher ist es auch für uns als Stadt Wels notwendig ein attraktives Sommerferienprogramm zu erarbeiten. Das hat die Dienststelle Schule, Sport und Zukunft unter der Leitung von Mario Kastner garantiert hinbekommen.

Das Programm besteht aus einem vielfältigen Mix aus Altem und Neuem, aus sportlichen, kreativen, abenteuerreichen Angeboten und es ist bestimmt für jedes Kind in jeder Altersklasse bei leistbaren Angeboten für die Eltern etwas dabei. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an Mario Kastner und Team. Für die 38. Auflage des Sommerferienprogrammes einen guten Verlauf sowie Abwechslung, Spiel, Sport, Spaß und eine aufregende Zeit für die Kids.

Vzbgm. Mag. Schininger: Aufgrund meines doch fortgeschrittenen Alters kann ich mich an viele Diskussionen vor Urzeiten mit der Dienststelle erinnern, um die ersten Ferienaktionen für die Welser Kinder und Jugendlichen zu starten. Die ersten Versuche waren durchaus holprig und ich sehe jetzt was nach 38 Jahren daraus geworden ist.

Danke, danke, danke an die Kollegen der Dienststelle, vor allem an Mario Kastner, der dies weiterführt und erweiterte, was ein Karl Mittermaier vor vielen Jahren begonnen hat.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

6.)

Weiterführung der sozialen Familienförderung „Familienförderbeitrag“
für die Nachmittagsbetreuung von Kindern ab 30 Monate bis zum Schuleintritt;
2,5 Stunden-Regelung für das Arbeitsjahr 2022/23
KI-100-3-2022

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss
am 23.05.2022:

Die Weiterführung der sozialen Familienförderung „Familienförderbeitrag“ für das
Kindergartenjahr 2022/2023 für Welser Kinder betreffend die Nachmittagsbetreuung von
Kindern ab 30 Monate bis zum Schuleintritt wird beschlossen.

GR. Scheinecker, BA: Jedes Jahr mache ich bei diesem Punkt die gleiche Wortmeldung
und diese überholt sich auch nicht. Gerade heute, wo wir ganz intensiv über Frauenarmut,
Berufstätigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf reden, ist es umso notwendiger
darüber zu reden. Wir stimmten bis jetzt immer zu und werden natürlich dieses Jahr als
Fraktion zustimmen.

Ein paar Anmerkungen diesbezüglich möchte ich trotzdem machen. Als SPÖ-Fraktion sind
wir grundsätzlich der Meinung Kinderbildung sollte grundsätzlich kostenfrei sein.
Berufstätige Eltern sollten nicht auch noch den Kindergarten – eine Bildungseinrichtung –
zahlen müssen. Als die Nachmittagsgebühren eingeführt wurden, hatte ich in meinem
näheren Umfeld mehrere Mütter, die wegen dieser „nur halben Stunde“ ihre Stunden
reduzierten. Diese 2,5-Stundenregelung ist daher eine Erleichterung.

Insofern tragen wir sie natürlich mit, noch dazu wurde es von unserem eigenen Referenten
eingebracht. Eine Erleichterung für viele Eltern, aber es ist nicht sozial, weil zweieinhalb
Stunden völlig unabhängig vom Einkommen kostenfrei zu machen hat per se nichts mit
sozial zu tun. Es ist zwar ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber in Wirklichkeit sollte auf
Landesebene nachgeschärft werden. Wir sollten darüber reden, dass wir Kinder in den
Kinderbildungseinrichtungen haben, die es brauchen, es eigentlich ganz egal sein müsste
und es keinen Unterschied zwischen Vormittag und Nachmittag geben sollte. Bei der
Einführung dieser Nachmittagsbetreuung sind 67 % der Kinder mit Sprachförderbedarf -
die intensivste betreuungswürdige Gruppe in den pädagogischen Einrichtungen der Stadt
Wels – aus dem Kindergartennachmittag herausgefallen. Zusätzliche Zeit, in der sie
Deutsch reden könnten und in einem kleineren Betreuungsschlüssel pädagogisch
unterstützt werden würden. Wir werden es wie jedes Jahr mittragen und freuen uns über
jede Erleichterung für die Eltern. Trotzdem sollte Kinderbetreuung per se kostenfrei sein.

GR. Kroiß: Wie jedes Jahr melden sich die Laurien, der Markus und ich – zwei Mütter und
ein Papa – mit eigener Meinung zu Wort und können trotzdem noch gut miteinander
darüber diskutieren und reden. Ich gestehe, der Nachmittagstarif könnte kostenlos sein,

aber wo bleibt die soziale Gerechtigkeit der einkommensschwachen Familien zu den Familien, die es sich leisten können und es sich leisten sollen zu dem Ganzen etwas beizutragen. Ja, die Bildung am Vormittag ist kostenlos und am Nachmittag kann und soll es auch bezahlt werden. Die zweieinhalb Stunden sind eine gute Einführung der vorherigen Referentin, Vzbgm. Mag. Schinninger führt es weiter und der Finanzreferent gibt dafür die notwendigen Mittel. Es ist ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber besser ein Tropfen auf dem heißen Stein als nur ein heißer Stein.

GR. Wiesinger: Auch ich melde mich heute wieder bei diesem Tagesordnungspunkt, weil ich bei Einführung dieser Regelung diese massiv unterstützte. Sie ist sehr praxisnahe und unkompliziert in der Umsetzung für die Kindergärten. Ganz besonders wichtig bei diesem Tagesordnungspunkt ist den Kindergartenpädagoginnen Danke zu sagen. Sie hatten es die letzten Monate nicht leicht. Angefangen vom Personalmangel über die zusätzlichen Aufgaben in der Pandemie muss ich meinen aufrichtigen Dank und Respekt aussprechen. Ich hoffe, sie halten noch durch und wir bringen endlich dieses Personalpaket für die Kindergärten zusammen, damit es wieder für sie eine menschwürdige Arbeit wird. Sie sind wirklich an ihre Grenzen angelangt und ich hoffe, alle Fraktionen finden gemeinsam dafür eine Lösung.

Herr Bürgermeister, mit deiner Aussage im Fernsehen, dass eine Pädagogin zwei Gruppen leitet, kann ich nichts anfangen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Weil du das angesprochen hast möchte ich es in diesem Rahmen kurz erläutern. Klaus, du weißt es am besten, dass wir mit großen Personalnöten gerade im pädagogischen Bereich konfrontiert sind. Es ist Aufgabe der Politik wie wir darauf reagieren können, denn in absehbarer Zeit ist eine Pädagogen-Schwemme nicht zu erwarten. Einer dieser auch schon von der Gewerkschaft und von Frau Landesrätin diskutierten Vorschläge war, ob nicht ein Zwischenstatus eingeführt werden kann. Das heißt, sehr erfahrene Kindergartenhelferinnen mit mehrjähriger Tätigkeit (ohne Matura) in der Gruppe qualifizieren sich neben der Arbeit auf und gibt diese dann zu einer Helferin in die Gruppe. Darüber setzt eine Pädagogin die pädagogischen Konzepte um. So sind dann nicht wie jetzt vier Personen für zwei Gruppen zuständig, sondern fünf Personen, um den Personalnotstand in den Griff zu bekommen.

So habe ich es kommuniziert, so ist es auch gemeint. Es ist mir klar, so wie du es sagtest, dass eine Pädagogin zwei Gruppen betreuen soll wird nicht funktionieren. Ich wollte das klarstellen, damit nicht eine Fehlinformation weitergegeben wird.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Wiesinger: Ich danke für die Richtigstellung und ersuche diese Diskussion nicht öffentlich zu führen. Solche Aussprachen schrecken die gerade Auszubildenden in der Elementarpädagogik zurück. Uns muss bewusst sein, dass wir im beinharten Matsch mit anderen Gemeinden betreffend Personal sind. Daher bitte solche Debatten nicht öffentlich führen und biete noch einmal an uns zusammenzusetzen und die beste Lösung für die Stadt Wels zu finden. Bei so vielen klugen Köpfen in diesem Raum finden wir sicher eine gute Lösung.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Danke für die kurze, aber intensive Diskussion. Vergangenen Freitag war ich am Maturaball meiner Tochter und wurde von ein paar Lehrkräften und auch von der Direktorin angesprochen auf deinen (Herr Bürgermeister) Vorschlag. Dieser ist im Bereich der Pädagogen aber auch im Bereich der Lehrkräfte nicht gut angekommen. Eine Direktorin fragte mich mit den Worten: „Herr Mag. Schinninger, sagen sie mir bitte einen Grund warum meine Schülerinnen in Wels zu arbeiten beginnen sollen.“

Lieber Markus, danke dass du meine Dankesworte an die PädagogenInnen schon vorweggenommen hast. Ich schließe hier nicht nur die Pädagoginnen ein, sondern auch die Leitungen, die Helfer sowie das ganze Hilfspersonal, die tatsächlich nicht am Limit sind, sondern tatsächlich in vielen Bereichen weit über dem Limit. Für Pädagogen gibt es kein Homeoffice und keine Distance-Betreuung in den Kinderbetreuungs- und Kinderbildungseinrichtungen. Sie waren jetzt seit zweieinhalb Jahren direkt an der Front. Das ganze Gutzureden, Schulterklopfen und die Durchhalteparolen sowie der laute und phonetische Applaus nützt ihnen gar nichts.

Meine nicht abgesprochene Bitte an den Finanzreferenten, ob wir uns nicht überlegen sollten in diesem Bereich das finanziell zu honorieren. In Summe ginge es dabei um 150.000 Euro.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

7.)

Gestaltungsbeirat;
Neufassung der Richtlinie
SP-127-01-6-2022
BauD-SP-40-2021

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.05.2022:

Beiliegende „Richtlinie für den Gestaltungsbeirat der Stadt Wels 2022“ wird beschlossen.

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

Der Punkt 1.5 lit. j. der Richtlinien für den Gestaltungsbeirat der Stadt Wels 2022: „j) Das zuständige Mitglied des Stadtsenates kann die Behandlung im Gestaltungsbeirat ablehnen.“

wird abgeändert und lautet folgendermaßen:

„j) Die Behandlung im Gestaltungsbeirat kann vom zuständigen Mitglied des Stadtsenates unter der Voraussetzung abgelehnt werden, dass die Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses in der nächstfolgenden Sitzung vom zuständigen Referenten darüber informiert und die Entscheidung schriftlich begründet wird.“

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Es geht darum diese ca. 30 Jahre alte Richtlinie zukunftsfit zu machen. Viele Aussagen meines Kollegen kann ich teilen, weil wir im Bereich des Bauens auch etwas für die künftigen Generationen hinterlassen wollen. Dabei geht es darum qualitativ und schonend zu bauen, Freiräume zu berücksichtigen und Lebensqualität in der Stadt zu entwickeln. Das ist genau das, warum wir uns schon vor 30 Jahren entschieden haben, externe Gutachter zu holen, die uns beraten und mit uns gemeinsam diese Projekte bewerten und entwickeln.

Von den über 2.000 Kommunen in Österreich haben ca. 70 bis 80 Städte einen Gestaltungsbeirat. Diese neuen Richtlinien erarbeiteten Personen mit viel Erfahrung, weil die verschiedenen Punkte sehr gut herausgearbeitet wurden, um die es beim Gestaltungsbeirat geht. Wie immer liegen die Dinge dann aber im Detail. Die Zielsetzungen sind sehr gut gefasst und bringen uns ins 21. Jahrhundert.

Bei dem Punkt „Kriterien der Auswahl“ kamen Kriterien dazu, die greifbarere und objektivere Entscheidungen ermöglichen für die zu behandelnden Projekte im Gestaltungsbeirat. Aber beim Punkt 1.5.j gleiten wir wieder in die Willkürlichkeit ab, denn dieser ermöglicht dem Referenten zu entscheiden, ob ein Projekt im Gestaltungsbeirat behandelt wird oder nicht. Auf diesen Punkt bezieht sich auch unser Abänderungsantrag.

Wir möchten das auf demokratiepolitischer Ebene so nicht, weil es nicht sein kann, dass wir hier im Gemeinderat ein Regulativ beschließen und einer sagt dann: „Aber das nicht!“ Außerdem wollen wir den Referenten vor Einflussnahme schützen. Wenn die Bauwerber wissen, dass der Referent Entscheidungen alleine treffen kann, erhöht sich der Druck auf den Referenten. Hier kann nur eine klare Fassung der Richtlinie schützen und deshalb brachten wir diesen Abänderungsantrag ein.

Für die Abänderung wurden mehrere Möglichkeiten diskutiert. Es spricht einiges dafür, diesen Punkt zu streichen, aber dann soll es zu einer verbindlichen Berichterstattung kommen - das beinhaltet unser Abänderungsantrag.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch den Punkt 3.3 „Teilnahme an den Sitzungen“ ansprechen. Bei der Teilnahme an den Sitzungen ist der Referent natürlich dabei. Wir haben ein Novum bei den Gestaltungsbeiräten in Wels, denn hier wird künftig der Bürgermeister dabei sein. Dieser darf logischer Weise nicht fehlen. Es könnte sein, dass es sogar einen Referenten aus einer anderen Fraktion gibt, und hier muss der

Bürgermeister natürlich dabei sein. Das war im alten Regulativ nicht und ist auch in den Regulativen anderer Städte nicht so enthalten. Das ist eine Lex Andreas Rabl, die dann in Wels dazu führt, dass der Bürgermeister dabeisitzen muss oder darf. Dürfen hat er ja schon immer. Laut altem Regulativ hat er sich dazu einladen lassen können.

ZU Punkt 3.4 Öffentlichkeit. In der Bundesstaatsreform gibt es die Diskussion mit dem Amtsgeheimnis. Warum kann eine Stadt wie Salzburg die Sitzungen öffentlich machen und in Wels sind sie vertraulich bzw. nichtöffentlich und darf niemand wissen? Aus welchem Grund soll der Bürger nicht wissen, was und wie es diskutiert wird bzw. wie Entscheidungen fallen? Ich kann das nicht nachvollziehen und denke, wenn wir im 21. Jahrhundert ankommen wollen, dann sollten wir öffentliche Sitzungen machen oder zumindest schriftliche Erklärungen, warum bestimmte Entscheidungen gefallen sind.

Beim Punkt 6.1. Ernennungen holen wir uns Fachleute aus anderen Bundesländern, die mit uns gemeinsam die Bewertungen durchführen und die Qualität absichern. In Wels wird es jetzt so sein, dass einer dieser drei vom Referenten bestimmt wird. Im alten Regulativ wurden alle drei von der Kammer vorgeschlagen. Das öffnet Tür und Tor für Einflussnahme. Der Referent müsste den Teufel tun, wenn er selber diese Experten vorschlägt und sich dafür entscheidet, weil es wieder um Einflussnahme geht.

Wollen wir uns in diesem Gestaltungsbeirat ernst nehmen und im 21. Jahrhundert ankommen, dann würde ich sie ersuchen gemeinsam diesen Abänderungsantrag und damit das Regulativ zum Wohle der Stadt Wels beschließen.

GR. Mag. Teubl: Kollege Reindl-Schwaighofer hat jetzt schon sehr viele diskussionswürdige Punkte dieses vorliegenden Entwurfs angesprochen. Der eine, der hier auch durch einen Abänderungsantrag angesprochen wird, ist der, dass der Referent davon absehen kann den Gestaltungsbeirat mit einem Projekt zu befassen, wenn er es für angebracht hält. Diesen Passus wollten wir GRÜNEN überhaupt aus dem Entwurf rausnehmen. Im Ausschuss stellte ich einen entsprechenden Antrag und sind dort natürlich abgeblitzt. Ich kann daher nur diesem sinnvollen Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion zustimmen.

Dass wir eine Neuregelung des Gestaltungsbeirats brauchen, ist offensichtlich. Ihnen liegt ja allen bei den Gemeinderatsunterlagen die bisherige Gestaltungsbeiratsrichtlinie vor. Diese ist schon über 30 Jahre alt und schon in die Jahre gekommen. Natürlich war es hier notwendig diese Richtlinie anzupassen an die veränderte Situation. Es sind einige sehr gute neue Regelungen darinnen enthalten. Daher ist es gut und wichtig heute dieses Regulativ am besten mit dem Abänderungsantrag zu beschließen.

Wir sollen uns bewusst sein, dass ein solcher Gestaltungsbeirat auch nicht alle Probleme löst. Auch mit den Entscheidungen des Gestaltungsbeirats wird man nicht immer ganz glücklich sein und er verhindert vor allem nicht den Abriss von historischen Objekten. Er kann dann mitreden, wenn dort wo bereits eine Baulücke entstanden ist neu gebaut wird. In einem eigenen GRÜNEN-Antrag haben wir bereits klar gemacht, dass wir den Schutz der historischen Bausubstanz bzw. das Einbeziehen dieser historischen Bausubstanz in Um- und Neubauten für wichtiger halten. Derzeit gibt es dafür noch kein Instrument. Hier ist die Stadt Wels völlig zahnlos gegenüber den Wünschen der Bauwerber.

Deshalb würde ich ersuchen, dass dieser immer noch in Diskussion befindliche Antrag dort münden soll tatsächlich ein Instrumentarium zum Schutz des Bestehenden zu schaffen.

Aber zur Entwicklung neuer Bauten ist es sehr zu begrüßen, wenn hier ein Gestaltungsbeirat tätig wird und dieser auch entsprechende Regelungen von uns beschlossen bekommt.

GR. Hufnagl, MBA: Auch ich habe mich beim Durchlesen des Amtsberichtes gefragt warum das geheim sein muss. Im Amtsbericht steht bei der Stellungnahme der Dst. Rechtsangelegenheiten, dass der Vorentwurf der Richtlinie von der Dst. Rechtsangelegenheiten geprüft wurde und auf die Vorkorrespondenz verwiesen wird. Vielleicht erzählt uns der Referent noch darüber, damit wir wissen was hier diskutiert wurde.

Bei Betrachtung der Bauten der letzten Jahre muss man sich die Frage stellen, was dieser Gestaltungsbeirat eigentlich so in Wirklichkeit macht. Ich hoffe es wird in der nächsten Periode etwas besser.

GR. Aspetzberger: Lässt man den Ausschuss Revue passieren, so kommt mir vor es wird immer im Gemeinderat das Haar in der Suppe gesucht. Herr Mag. Teubl, sie sitzen im Ausschuss, stellen eine Frage, stellen einen Antrag auf einer Postkarte, weil sie nicht vorbereitet waren und stellen jetzt diese ganze Änderung in Frage. Diese Verordnung ist älter als ich. Heute hörte ich von einigen Fraktionen, dass wir jünger, moderner, offener und schneller werden sollen.

Gibt es dann aber Initiativen von unserem Referenten diese Verordnung zu erneuern und zu modernisieren, dann spricht man sich auch wieder dagegen aus, weil wieder ein Haar in der Suppe gefunden wird. Warum wird das nicht im Ausschuss diskutiert? Es gab dazu im Ausschuss genau eine Frage von Herrn Mag. Teubl. Auch von der SPÖ-Fraktion wurde keine Frage gestellt.

Es ist völlig verständlich dem Referenten hier einen gewissen Handlungsspielraum zu geben, denn es gibt Projekte, die nicht nur aufgrund der Veränderung der Fassade in den Gestaltungsbeitrag zugewiesen werden, sondern es gibt Projekte, die nur anhand der Größe dem Beirat zugewiesen werden. Daher sind wir der Meinung diese Entscheidung ist völlig richtig.

GR. KR. Schönberger: Auch in der SPÖ-Fraktion darf jeder eine eigene Meinung haben. Leider war ich im Ausschuss nicht anwesend, sonst hätte ich dort meine Meinung natürlich kundgetan. Seit 40 Jahren habe ich geschäftlich sehr intensiv mit Architekten zu tun. Architektur ist gestaltende Kunst. Ob ich Kunst bewerten lassen kann von fünf Tirolern, die meinen, dass das von den Welsern Architekten Gemachte gut oder schlecht sei, will ich zumindest hinterfragen. Weiß es dieser Künstler besser als der? Studiert haben sie alle grundsätzlich dasselbe – nämlich Architektur.

Für mich ist ein Instrumentarium wichtig, bei dem der Gestaltungsbeirat außen vor ist. Dass das nur auf eine Person zugeschnitten ist und es nur der Referent machen kann, finde ich absurd. Es soll zumindest im Ausschuss beraten bzw. diskutiert werden bevor solch ein Beschluss gefasst wird. Auch zum Selbstschutz des Referenten. Wird ein Projekt an den Gestaltungsbeirat vorbeigeführt und sieht in der persönlichen Empfindung hässlich aus, dann fällt es auf den Einzelnen zurück. Das ist bei den von der öffentlichen Hand einberufenen Fachgremien auch der Fall. Es ist mehr oder minder eine Absolution für uns alle, die hier die politische Verantwortung übernehmen indem wir sagen Fachleute gehabt

zu haben. Es sieht zwar nicht schön aus, aber wir können nichts dafür. Diese Objekte finden sie quer durch Europa.

Es gibt Städte und Länder, welche die Bauordnung weiter fassen. In Graz werden andere Dinge gebaut und in Vorarlberg werden ganz andere Projekte verwirklicht und umgesetzt. Hier wird nicht immer nur nach der Fassade gefragt, sondern nach dem dahinterstehenden künstlerischen Anspruch. Als Beispiel fällt mir eines der letzten Projekte des Gestaltungsbeirates ein, und zwar die Errichtung des riesigen Riegelbaues auf den alten Eintracht-Plätzen. Willkommen in der Jahrhundertwende im letzten Jahrhundert, denn damals wurde in Wien mit dem Bau solcher Höfe angefangen.

Als schönes Projekt fällt mir jenes von Architekt Harmach mit dem großen Teich ein - ein durchaus anspruchsvolles Vorhaben. Wir müssen uns als Stadt auch noch das Recht herausnehmen können uns selbst eine Meinung bilden zu dürfen. Das kann keine Einzelperson sein, sondern es muss der Ausschuss sein! Ich würde StR. Schäfer wirklich bitten auf das zurückzugreifen, denn er hat im Ausschuss die Mehrheit. Mehr als die Mehrheit kann er nicht haben, aber solche Dinge, die aus dem Gestaltungsbeirat herausgenommen werden sollen, sollen im Ausschuss diskutiert werden. Vielleicht kann dort auch diskutiert werden, ob wir Projekte haben, die wir gerne sehen würden als Politik bzw. als Bau- oder Planungsausschuss. Diese Dinge sollten stark kommuniziert werden.

Wenn ich mir diesen Leistungsumfang eines Architekten ansehe, um ein Projekt zu begutachten mit der gesamten Verkehrsführung und dem öffentlichen Raum rundherum, so finde ich die Entlohnung dafür viel zu gering. Setzt sich ein Architekt wirklich in diesem Umfang damit auseinander, mit dem von uns gestelltem Anspruch, so kann sich das nicht ausgehen, denn er soll dann auch noch eine Expertise dazu abgeben. Wir sollten uns über die Honorare noch einmal Gedanken machen, um eine Qualifizierung zu erlangen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Vielleicht auch von mir ein paar Erläuterungen zu dieser Richtlinie, die ich wesentlich miterarbeitet habe. Ganze allgemein haben wir in den letzten Monaten eine sehr rege Diskussion darüber geführt, wie die Bauten in Wels auszusehen haben oder sollen. Es gibt in der Bevölkerung eine merkbare Unzufriedenheit mit Projekten, die nicht im Gestaltungsbeirat waren als auch mit Projekten, die im Gestaltungsbeirat behandelt wurden. Insofern kann ich die Anregung von Karl Schönberger schon gut nachvollziehen, wo es nicht das uneingeschränkte Kunstverständnis der Bevölkerung gegeben hat. Es wurden hier oft Projekte durchgewunken, bei denen wir im Charme der DDR der 80-er Jahre stehen geblieben sind. Aus unserer Sicht etwas, das nicht dem entspricht was die Bevölkerung von uns erwartet.

Trotzdem der Gestaltungsbeirat immer nur Entscheidungen mit Empfehlungscharakter trifft. Bisher musste sich weder der Referent, der Stadtsenat noch ein anderes Gremium an das vom Gestaltungsbeirat Vorgeschlagene halten, denn die letzte Entscheidung trifft trotzdem die Politik. Deshalb ist es völlig obsolet, ob der Referent den Gestaltungbeirat miteinbezieht, weil die Politik die Endentscheidung für das jeweilige Projekt trägt. Zu guter Letzt muss im Gemeinderat oder Stadtsenat abgestimmt werden und wenn diese das so nicht haben wollen, geht es wieder zurück. Egal, ob es vorher im Gestaltungsbeirat war oder nicht.

Diese Ablehnung war in der Vergangenheit schon möglich und wurde auch praktiziert, wenn es nur um Aushöhlungen ging. Das heißt, das Haus blieb in der Außenhülle stehen und wurde innen ausgehöhlt. Gegeben hat es diese Sachen schon früher, das wollte man weiterhin ermöglichen, weil jede Behandlung im Gestaltungsbeirat zieht sich wie ein Strudelteig über Monate, wenn nicht sogar Jahre. Hier gab es massivste Beschwerden der Wirtschaft. Ich erinnere nur an das Projekt ELAG, an dem wir seit drei/vier Jahren arbeiten und es gibt immer noch keine Entscheidung welches Projekt zur Ausführung gelangt.

Richtig schwierig für den Projektanten. Bei einem Projekt mit 100 Mio. Euro Kosten verstehe ich das, aber richtig schwierig wird es, wenn das Projekt insgesamt einige 100.000 Euro kostet. Dieser verzweifelt dann und denkt sich wann er endlich anfangen kann. Auf das muss in den jeweiligen Richtlinien eingegangen werden und nichts anderes ist in diesem Zusammenhang tatsächlich auch passiert.

Zur Kritik der Teilnahme des Bürgermeisters ohne Stimmrecht, so konnte er dies übrigens bisher auch schon. Wenn weiters kritisiert wird, dass die Stadt Wels jetzt selbst jemanden ernennen kann, so wurde gesagt, dass die Kammer zwei Referenten nennen und die Stadt einen, denn es geht immerhin um die Gestaltung der Stadt Wels. Es ist schon wesentlich wer dort vertreten ist und ob nicht ein einziger Architekt diese Meinung der Stadt Wels auch vertreten soll. Das war das Ziel dieser Richtlinie. Wir haben sehr viel genauer hineingeschrieben wie die zukünftigen Bauten der Stadt Wels aussehen sollen.

Blockrandbebauungen waren in der Vergangenheit eher nicht so en vogue, haben sich aber als die bessere Alternative herausgestellt. Dabei war es möglich rundherum zu bauen, Lärmschutz zu haben und im Innenhof beruhigte Höfe zu bekommen. Es gab konkrete Vorschläge, Beurteilungsmaßstäbe und Kriterien wie zukünftig in Wels gebaut werden soll. Deshalb halte ich es für richtig, dass die Stadt Wels, die das alles bezahlt, auch die Möglichkeit einer Nominierung hat. Auch bisher hat die Kammer üblicherweise bei der Stadt Wels angerufen, ob wir Einwendungen gegen diesen oder jenen Architekten hätten.

Johnny, wir brauchen nicht so zu tun, als hätte die Kammer das völlig frei bestimmt. Hätten wir uns von der Kammer einen bestimmten Architekten gewünscht, so hätte sie diesen nominiert sofern keine fachlichen Einwände vorliegen. Wir vollziehen eigentlich nur nach, was es ohnehin schon gegeben hat.

Lieber Karli, die Honorare wurden mit der Architektenkammer abgestimmt. Diese hat diese für angemessen und für in Ordnung befunden. Findet selbst die Gewerkschaft die Tarife für gut und in Ordnung, dann habe ich wenig Verständnis für eine freiwillige Verdoppelung des Preises. Wir sollten uns hier im Gemeinderat nicht plötzlich zu Vertretern einer andern Berufskaste machen, denn wir vertreten die steuerlichen Interessen der Stadt Wels sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig mit den Steuergeldern umzugehen.

Insgesamt ist diese Richtlinie durchaus geeignet eine Verbesserung und Veränderung des Stadtbildes zu ermöglichen und ich bin gespannt, ob sie sich dann auch dreißig Jahre lang bewähren wird.

StR. Dr. Oberndorfer: Es wurde schon viel Richtiges gesagt, vieles hat mir der Herr Bürgermeister schon vorweggenommen. Es muss hier differenziert werden. Diese Richtlinie gilt ja nicht nur für die nächsten zwei Jahre, sondern Ziel sollte sein hier langfristig

etwas zu schaffen worauf sich die Bauwerber verlassen können. Wir brauchen eine gewisse Planbarkeit - das ist für einen Wirtschaftsstandort ganz elementar.

Diese Richtlinie wurde nicht nur vom zuständigen Referenten erarbeitet, sondern es wurde damit schon in der Vorperiode mit der Ausarbeitung begonnen. Mehrheitsverhältnisse können sich ändern, der Ausschuss kann sich anders zusammensetzen, der Referent kann ein anderer sein, die Richtlinie soll trotzdem die gleiche bleiben. Neben dieser Gefahr der Willkür, die ihr seht, gibt es trotzdem noch ein Korrektiv. Ich verstehe bis zu einem gewissen Grad hier alles transparent gestalten zu wollen, nur es ist nicht deshalb intransparent, weil nicht jede Entscheidung des Referenten schriftlich begründet werden muss. Der Referent wird gut beraten sein eine getroffene Entscheidung zumindest in Form eines Aktenvermerks schriftlich zu begründen, weil ansonsten der Vorwurf der Willkür im Raum steht. Die Bedeutung der Willkür kennen wir aus den verschiedenen Ermittlungsverfahren, die derzeit am Laufen sind.

Verwaltungshandeln muss immer sachlich gerechtfertigt sein. Der aktuelle Referent, Ralph Schäfer hat zugesagt bzw. wird er noch sagen, dass hier nichts rein nach Gutdünken geschehen wird. Das wäre auch nicht klug. Hinweisen möchte ich auf das Anfragerecht nach § 10 der Geschäftsordnung. Sollte man den Eindruck haben warum etwas nicht in den Gestaltungsbeirat gekommen ist, so kann jeder Gemeinderat eine entsprechende Anfrage stellen. Ich sehe hier nicht die Gefahr, dass der Gemeinderat seiner Rechte beraubt wird. Umgekehrt sehe ich es eher so uns durchaus eine gewisse Flexibilität zu bewahren. In diese Richtung hat auch Karl Schönberger argumentiert und das kann ich nur bekräftigen. Diese vorliegende Richtlinie ist eine gute, die hoffentlich diese Periode überdauert und für eine gewisse Stabilität in diesem Bereich sorgt.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

StR. Schäfer, BSc MSc: Herzlichen Dank für die rege Diskussion! Zur Klarstellung: Die FPÖ-Fraktion wird diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen, weil uns dieser Punkt in dieser Form einfach die notwendige Flexibilität gibt. Eine Vorlage beim Gestaltungsbeirat ist immer mit Zeit und Kosten verbunden – nicht nur beim Bauträger, sondern auch bei der Stadt Wels. Es gibt Projekte, die aufgrund ihrer Größe dem Gestaltungsbeirat vorgelegt werden müssen, aber wenn sich an der Wesensart, an der Fassade nichts ändert, würde eine Behandlung im Gestaltungsbeirat einen unverhältnismäßig hohen Aufwand für alle Beteiligten darstellen.

Mir sind keine Fälle bekannt, die ohne nachvollziehbaren bzw. logischen Gründe abgelehnt wurden, diese in den Gestaltungsbeirat zu geben. In Zeiten der vollständigen Transparenz der Entscheidungen und Beschlüsse ist es für mich als Referent nicht möglich ein Projekt ohne plausible Begründung am Gestaltungsbeirat vorbei zu schleusen. Bitte vergessen sie nicht, dass der Gestaltungsbeirat nur ein Gremium zur Beratung ist. Die Beschlüsse fällen wir im zuständigen Bauausschuss und in weiterer Folge hier im Gemeinderat der Stadt Wels.

Der Abänderungsantrag (Anlage 9) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 14 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
22 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
abgelehnt.

Der Antrag (Anlage 8) zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS, MFG)
9 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion)
angenommen.

8.)

Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft
eingetr. GenmbH; Fördervereinbarung betreffend Thermische
Sanierungen an den Objekten Leopold-Bauer-Straße 3, 4, 5, 6, 7 und 8
SD-KFM-33/1-2022

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und
Stadtentwicklungsausschuss am 23.05.2022:

Die Fördervereinbarung (Beilage .1) zwischen der Stadt Wels und der Gemeinnützigen
Welser Heimstättengenossenschaft eingetr. GenmbH, Wes, Laahener Straße 21a,
betreffend die Thermische Sanierung an den Objekten Wels, Leopold-Bauer-Straße 3, 4,
5, 6, 7 und 8 wird beschlossen.

GR. Schiefermayr: Kollege StR. Schäfer, BSc MSc hat schon viel vorweggenommen und
in Zeiten wie diesen, wo Inflationen und Belastungen Rekordhöhen erreichen, ist die
thermische Sanierung ein sehr probates Mittel, um diese ganzen Kosten zu senken. Man
muss einen Dank an diejenigen aussprechen, die solche thermischen Sanierungen
ermöglichen.

Oberösterreich ist hier schon seit vielen Jahren Spitzenreiter und das ist einem
herausragend geführten Wohnbaureferat geschuldet. Sollte diese CO2-Besteuerung
tatsächlich kommen, so können wir sanieren was wir wollen, das würde dann alles
verpuffen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
und der NEOS betreffend Aufstellung von Parkbänken in Regenbogenfarben
Verf-015-I-9-2022

GR. Scheinecker, BA: Es geht um Symbolpolitik. Symbole auf Fahnen, egal ob wir nun die Regenbogenfahne hissen wollen oder die Fahne am Tag gegen die Gewalt an Frauen. Beim Fahnenhissen geht es immer um Symbolik. Es ist vielleicht banal in manchen Fällen, für manche ist es vielleicht auch unwichtig, für andere jedoch ist es sehr wichtig. Vor allem für diejenigen, die diese Fahnen vor sich hertragen, weil sie damit sich selbst identifizieren, weil sie damit auf sich aufmerksam machen wollen oder weil sie damit um ihre Rechte kämpfen.

Wir leben in einer komplexen Welt mit unterschiedlichen komplexen Lebensrealitäten. Ganz oft sind wir, die wir uns als normal einstufen – woher auch immer diese Normalität herkommt, Normalität entsteht unter einer Fremdzustimmung - in dem Glauben, dass wir eine tolerante Gesellschaft wären, dass bei uns alle leben können wie sie sollen, dass sie alle lieben können wie sie wollen. Aber die Erlebnisse derjenigen, die abseits dieser Heteronormalität leben, sind oft ganz andere.

Wer heute Morgen Radio hörte weiß, es gibt derzeit in Ö3 einen Wettbewerb. Man kann sich bei Ö3 melden, fünf Gemeinden in Österreich können einen bunten Regenbogenzebrastreifen bekommen. Falls dieser Antrag heute nichts wird, mache ich dann eine Bewerbung an Ö3.

In dieser Sendung haben junge und ältere Menschen ihre Erlebnisse erzählt. U.a. erzählte eine Frau darüber, dass sie behütet aufwuchs, sich aber immer irgendwie anders fühlte. Aber das Thema Homosexualität war in ihrer Lebenswelt einfach kein Begriff. Sie wurde über Fernsehberichte aufmerksam auf das, was vielleicht bei ihr anders ist. Das hat einen Begriff, das hat einen Namen, das hat eine Symbolik, ganz viel andere Menschen empfinden ähnlich. Diese sind genauso Teil unserer Gesellschaft.

Die sexuelle Identität ist leider immer noch kein Thema über das man offen reden kann. Es ist von vielen Tabus und Vorurteilen geprägt. Z.B. fragte mich mein Vater einmal, ob ich mich „da unten“ schon gewaschen habe, weil er das Wort „Vulva“ wahrscheinlich nicht in den Mund hat nehmen können.

Wie viele Personen mit Schamesröte gibt es noch, weil sie das Wort Penis aussprechen müssen. Das ist der Umgang mit der Sexualität, den wir oft haben. Persönlich hätte ich wahrscheinlich kein Problem mich zu Hause zu outen, aber es gibt Hemmschwellen. Es gibt auch ganz oft das Gefühl anders zu sein. Es gibt eben diese Tabus und Vorurteile. Vor allem für junge Menschen, die ihre eigene Identität noch nicht so genau wissen, wer sie sind, wer sie sein wollen, wie soll ich mich selbst definieren, welche Ziele haben ich, ist das eine zusätzliche Belastung, wenn man vielleicht nicht dem Bild der Normalität entspricht. Es ist kein Thema, welches frei von Unsicherheit und Ängsten ist. Genau in solchen Situationen können Symbole helfen.

Regenbögen können einfach zeigen, dass es bei uns den Grundsatz der Gleichberechtigung gibt. Alle in Wels lebenden Menschen sind hier willkommen. Wir sollten die Botschaft aussenden, dass wir gemeinsam dafür geradestehen, dass in Wels jegliche Art von Diskriminierung keinen Platz hat und dass die LGBTQ-Community nicht nur toleriert wird, sondern ein Teil unserer Gesellschaft ist und akzeptiert wird.

Noch etwas zur Dringlichkeit und warum Symbole wirklich wichtig sind: Anderssein ist vor allem für Jugendliche eine große Belastung. Über Studien wissen wir, dass Jugendliche gerade nach Zeiten der Pandemie, in Zeiten von Krisen psychisch sehr belastet sind. Es gibt immer wieder die Forderung nach mehr psychischer Betreuung, nach Therapieplätzen für junge Menschen. Symbole sollen sagen „es ist ok so wie du bist“.

Wesentlich ist auch über das Thema zu reden. In dem Moment wo wir über Parkbänke reden, ist das gleichzeitig eine Kooperation mit Schulen, Malerlehrstellen oder was auch immer. Machen wir das zum Thema, wir enttabuisieren Sachen. Das heißt jetzt nicht, dass wir mit irgendwelchen Personen über Sexualität reden, aber es kann leichter sein sich selbst zu finden, sich zu outen und zu definieren.

Damit zeigen wir auch, wir machen keine Unterschiede. Grundsätzlich müssen Mehrheiten sich vor jeder Art von Minderheit stellen. Es reicht für mich aus, wenn die LGBTQ-Community sagt es ist für sie eine Erleichterung, es ist für Betroffene eine Erleichterung, wenn sie immer wieder einen Regenbogen sehen und sie wahrgenommen werden. Dann reicht das als Begründung. Die Mehrheitsgesellschaft muss nicht sagen wir brauchen das um die Minderheiten zu schützen oder Teile unserer Gesellschaft zu integrieren, sondern es sollen sich diejenigen angesprochen fühlen, die vielleicht mit diesem Tabu zu kämpfen haben, die sich vielleicht ihrer sexuellen Identität noch nicht ganz sicher sind und nicht offen damit umgehen können, weil sie irgendwelche Arten von Diskriminierung befürchten. Es ist genau für diese Menschen wichtig vorab dazustehen und zu sagen ihr seid ein Teil unserer Gesellschaft und ihr gehört zu uns. Für so etwas ist Symbolpolitik wichtig, insofern würde es mich freuen, wenn wir diesen Antrag gemeinsam beschließen. Regenbogen tun überhaupt nicht weh, aber sie können helfen und es ist es wert, dass wir uns als Mehrheitsgesellschaft für jede Art von Minderheit einsetzen.

GR. Hufnagl, MBA: Seit der Gründung der NEOS sind wir enge Verbündete und Partner für die LGBTQ-Community in Österreich. Für uns war immer besonders wichtig, dass der, der sich irgendwie eingeschränkt fühlt, eine Stimme bekommt und akzeptiert wird in ganz Österreich - am Land, in der Stadt und auch in Wels. Für uns ist eines klar: Akzeptanz, Toleranz, Respekt sind Grundlagen einer liberalen Demokratie. Für diese sind wir angetreten zu kämpfen.

In den letzten Jahren zeigten wir, z.B. als es um die diskriminierungsfreie Blutspende (die in den letzten Wochen oder Monaten diskutiert wurde) ging oder im Kampf gegen den Erlass von Bundesminister Kickl, wo es darum ging die Eintragung des dritten Geschlechtes in die Urkunden zu verweigern. Für all diese wichtigen Dinge setzen wir uns in Wels ein.

Ich möchte mich heute bei allen Fraktionen und Kollegen recht herzlich bedanken, die diesen Antrag unterstützen werden. Dieser breite Schulterschluss zeigt, dass eine große Menge an Welser zu einer aufgeklärten, liberalen, weltoffenen und von Respekt

gezeichneten Gesellschaft stehen. Ich fragte Kollegin Scheinecker, ob sie die Rolle der Berichterstatterin übernehmen möchte. Dankeschön für deine Bereitschaft. Es gibt auch einen Grund dafür: Ich sagte zu ihr, ich bin ein „old white man“ und ich kann viel schlechter einen solchen Antrag glaubhaft präsentieren als sie es kann. Das möchte ich begründen. Laurien ist jünger bzw. kommt aus einer anderen Generation als ich. Da sind diese Themen schon gar nicht mehr so tabu, man redet mehr über diese Dinge. In meiner Jugend gab es nur Männlein und Weiblein, mehr darüber hinaus gab es nicht bzw. wurde nicht darüber diskutiert. Die Sexualität war tabu, es wurde nicht im Alltag darüber gesprochen. Für meine Kinder ist es noch einmal anders. Meine Kinder diskutieren darüber gar nicht, für diese ist es selbstverständlich. So sollte es eigentlich sein.

Es wurde heute schon das Thema Symbolik angesprochen. Bildung, Sprache und Symbole sind wichtig hörten wir heute bereits. Ebenso wurde heute bereits über das Gendern diskutiert. Manche werden sagen ein Fußgängerübergang oder eine Regenbogenparkbank ist Symbolpolitik. Ja, das ist eine Symbolpolitik. Symbole sind auch die österreichische Fahne oder die EU-Fahne, die Bundeshymne. Auch das sind Symbole, die in Österreich gelebt werden. Jede Farbe des bunten Regenbogens hat eine eigene Bedeutung. In Summe stehen sie für die Vielfalt oder die unterschiedlichen Menschen und Lebenssituationen, die es gibt. Die Bright Flag steht für eine Lebenseinstellung, für Mut, Stolz und für Selbstbehauptung.

Diese Bright Flag sieht man derzeit überall. Man sieht sie in Fußballstadien in München, sieht sie auf Sticker, bei der Pride-Parade, das Rathaus in Wien wird mit diesen Farben angestrahlt, bei Pressekonferenzen, bei Sportveranstaltungen, eben auch in anderen Städten wie Bad Ischl, Linz, Wien, Graz, Ottensheim, in Feldkirch gibt es inzwischen auch schon einen Regenbogenzebrastreifen. Ein Regenbogenzebrastreifen ist StVO-konform, ein Schutzweg muss einen entsprechenden ausreichenden Kontrast bieten.

~~Darum sagten wir, wir sollten unbedingt ein ganzjähriges sichtbares Zeichen setzen, dass wir in Wels eine moderne, weltoffene und liberale Gesellschaft sind. Für so einen Regenbogen-Fußgängerübergang wäre der beste Platz in Wels auf der Ringstraße, beim meistbegangenen Schutzweg in Wels, zwischen den Fußgängerzonen. Natürlich macht es auch Sinn Parkbänke zu streichen. Es ist ein gewisser Lerneffekt auch vielleicht bei Kindern vorhanden, damit man mit Kindern darüber diskutieren kann im Sinne eines verschränkten, fächerübergreifenden Unterrichts, wo man das Thema nochmals extra behandeln kann. Ich sprach bereits mit Direktorinnen von Welser Schulen, die sagten es ist eine gute Idee, sie würden gerne mittun bei der Gestaltung dieser Parkbänke und dies mittragen. Ich freue mich auf eine breite Zustimmung zu diesem ganz wichtigen Thema.~~

GR. Schatzmann: Wir debattieren heute, ob die Stadt Wels endlich im Hier und Jetzt angekommen ist, ob der Gemeinderat in der Lage ist zeitgerechte Politik zu machen oder ob wir nach wie vor in der Steinzeit feststecken. In anderen Städten ist es bereits üblich die Farben der Toleranz zu hissen, ob mit Fahnen, mit Parkbänken oder Zebrastreifen. Der Regenbogen steht für eine Gesellschaft ohne Hass und Diskriminierung, für eine Gesellschaft der Toleranz.

Dass Wels nie daran teilnahm, sondern genau das Gegenteil bewirkte, zeigt das jüngste Beispiel mit dem Jugendtreff Am Rosenhag, der als Schutzzone und Rückzugsort für die LGBTQ-Community galt. Dieser wird geschlossen. Das Verweigern des Bürgermeisters

die Fahne der Toleranz zu hießen ist Beweis genug für die Steinzeitpolitik der FPÖ – diese muss endlich aufhören.

Dieser Antrag gerade mit dem Fokus auf Schulklassen die Bänke anzumalen und dies in den Aufklärungsunterricht einfließen zu lassen, halten die GRÜNEN für besonders wichtig und richtig. Es kann jedoch nur ein erster Schritt sein. So lasst uns als Gemeinderat der Stadt Wels ein Zeichen für Toleranz und Gleichberechtigung setzen. Zeigen wir der LGBTQ-Community, dass wir geschlossen hinter ihnen stehen. Ich ersuche um Zustimmung für diesen wichtigen Antrag. Solche Symbole helfen sehr wohl den Mitgliedern der LGBTQ-Community. Ich freue mich, wenn ich z.B. in Venedig diese Bright Flag sehe – es zaubert mir ein Lächeln ins Gesicht. Es hat mir beim Aufwachsen auch sehr geholfen als ich die Regenbogenfarben sah.

GR. Pühringer, MSc: Kollegin Scheinecker, BA hat es heute mit den Lebensrealitäten. Realität ist auch angesichts des grassierenden LGBTQ-Hype fühlt man sich als heterosexueller Mensch quasi dauerschuldig. Von den Medien wird die Gesellschaft unter Generalverdacht gestellt Vorbehalte gegenüber Menschen zu haben, die nicht heterosexuell sind oder deren Geschlechtsidentität nicht dem binären Modell von männlich oder weiblich entspricht. Die Gesellschaft muss also Buße tun, doch wie? Da hat man sich ein Beispiel an der Kirche genommen. Nach der alljährlichen Beichte zu Weihnachten wird man zu zehn „Gegrüßet seist du Maria“ und fünf „Vater unser“ verdonnert und alle Sünden sind vergeben. Danach leben wir weiter wie bisher und bitten ein Jahr später wieder um Vergebung derselben Sünden. Eine unendliche Geschichte.

Da ist die Idee von Pride Month natürlich sehr naheliegend. Einmal im Jahr, im Juni soll die Gesellschaft kollektiv Buße tun. Da werden rundum Regenbogenfahnen gehisst und neuerdings sogar Zebrastreifen bunt angepinselt. Damit wollen wir als Gesellschaft zeigen wie offen und tolerant wir sind. Doch spätestens im August sind die Farben verblasst und die Flaggen wieder eingeholt. Alles geht wieder seinen ganz normalen Gang. Denn jene Menschen, die tatsächlich eine Ablehnung gegenüber der LGBTQ-Community empfinden, haben sich durch diese Symbolpolitik sicher nicht eines Besseren belehren lassen und wer weiß sind sogar noch der eine oder andere Skeptiker dazugekommen. Nämlich aus dem Kreis jener, die zwar grundsätzlich der Meinung sind, dass jeder so leben soll und darf wie er möchte, die aber diese penetrante Dauerbeschallung zusehends als nervig empfinden und die sich die Frage stellen, ob es in der heutigen Zeit keine anderen Probleme gibt. Zu diesen Menschen gehöre übrigens auch ich.

In Wels sollen es also zehn Regenbogenbänke und ein Regenbogenzebrastreifen sein, um zu zeigen wie weltoffen wir sind? Nein, meine Damen und Herren, diese Symbolpolitik, die keinem etwas nutzt, brauchen wir nicht. Denn bei uns in Wels sind die Regenbogenfarben ohnehin das ganze Jahr über allgegenwärtig, und zwar in Form unseres Logos. Alle diese Regenbogenfarben sind in diesem Logo vertreten und enthalten. Unser Logo steht wie kein anderes Symbol für die Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz, die in Wels tagtäglich gelebt wird. An 24 Stunden pro Tag und an 365 Tagen im Jahr.

StR. Ganzert: Wels ermöglicht, Wels pulsiert, Wels, die Stadt in der was passiert. Leben, Leben lassen, Träume möglich machen in Wels. Du wirst hier Freunde finden, Herzen erobern, das ist deine Stadt, in der wir lieben, feiern, lachen, Träume möglich machen in Wels.

Dieser Wels-Song, der im Herbst 2021 präsentiert wurde, enthält diese Passagen. Was wir mit diesem Antrag wollen ist ganz einfach: Es können 10 oder 100 Parkbänke sein, ein Zebrastreifen, hundert oder keiner. Es geht darum, dass sich der Gemeinderat damit beschäftigt. Dieser soll sich dazu bekennen und sagen, die Werte, die wir in unserem Slogan, in unserem eigenen Werbevideo formulieren, die wir als Stadt bunt präsentieren, nehmen wir mit und deswegen habe ich den entsprechenden Beschluss zu tragen. Er soll zeigen, dass diese Werte nicht nur in der reinen Werbekommunikation oder in Slogans vorkommen, sondern dass man diese auch im Stadtbild wiedererkennt. Wir wollen das von Kollegin Pühringer Gesagte einfach verdeutlichen mit diesem Beschluss.

Wels ist eine weltoffene Stadt, eine tolerante Stadt, sie akzeptiert die in Wels lebenden Menschen so wie sie sind. Es sind normale Dinge die einen breiten Konsens haben – zumindest hörte ich das heraus. Diese Dinge sollten im Jahr 2022 selbstverständlich sein.

Die meisten Städte machen das von sich aus und haben entweder bereits eigene Papers was die Gleichstellung betrifft etc. und das davon ableiten. Aber in der Stadt Wels ist es nicht die Eigeninitiative des Hausherrns, der z.B. die Europafahne am Europatag aufhängt oder die Fahne für 16 Tage gegen Gewalt usw., sondern in den meisten Städten Österreichs ist es Usus, dass man diesen Bright Month hernimmt. Dieser Begriff wird vom Christopher Street Day abgeleitet. Die Christopher Street ist eine Straße in New York, in der die Polizei in den Szenenlokalen damals immer wieder kontrollierte und die entsprechende Szene belästigte. Dies führte zu dieser weltweiten Bewegung und das endet nun in diesem Bright Month im Juni.

Im August sind dann die Farben gar nicht mehr sichtbar, meinte die Kollegin Pühringer. Zu einem gewissen Teil stimmt das ja. Mit 1.6. ändert jedes größere Unternehmen seine Logos, seine Farben. Schade ist, mit 1.7. wird das wieder geändert. Das ist leider so. Aber was sich nicht so einfach zurückändern lässt, sind eben diese symbolhaften Beispiele in der Stadt Wels, wie die Parkbänke, der Zebrastreifen. Wobei ich dazu sagen muss, dass dies dann kein Zebrastreifen mehr ist. Es ist halt dann ein Schutzweg oder ein Fußgängerübergang, welche die StVO genehmigt. Es gibt sogar einige Stimmen, die sagen, dass die Sicherheit erhöht wird, weil die Bedeutung dieser schutzwürdigen Zone hervorgehoben wird durch weitere Kontrastfarben.

Ich hoffe wir alle teilen die Meinung, dass es Grundrechte gibt, dass es eine rechtliche Absicherung gibt, dass wir uns dazu verpflichtet haben mit den Vereinten Nationen mit vielen Menschenrechten, dass wir uns dazu bekennen, das freie Recht auf Liebe, auf Selbstbestimmung – auf alle diese Dinge. Vielleicht sollten wir das nicht nur diskutieren, sondern gelingt es uns auch mit diesem Thema etwas zu zeigen der Öffentlichkeit, nämlich dass wir ein Selbstverständnis zeigen, dass die Welser und Besucher dieser Stadt erkennen in Wels gibt es nicht nur ein buntes Logo, sondern in Wels gibt es auch eine bunte, belebte Innenstadt, die klar ein Zeichen für Toleranz und gegen Ausgrenzung setzt. Das möge jetzt ein Fußgängerübergang und Parkbänke sein, aber hier geht es nur um die Symbolpolitik.

Ich glaube sogar den Freiheitlichen in gewissen Zügen, wenn diese sagen natürlich erkennen wir so etwas an. Man versteckt sich hier ein wenig, indem man nicht über den eigenen Schatten springen möchte indem man sagt, ja wir haben damit kein Problem, aber wir zeigen es ja eh im Stadtlogo. Gehen wir doch gemeinsam diesen mutigen Schritt und fürchten wir uns nicht vor dieser Buntheit, vor Toleranz und fürchten wir uns nicht vor

diesen symbolhaft gemeinten 10 LGBTQ-Bänken und vor diesem Regenbogen-schutzübergang. Ich hoffe wir schaffen es mit diesem Antrag schon noch mit einer Zunge sprechen zu können.

GR. Aspetzberger: Es erschließt sich mir wirklich nicht, warum wir 10 Parkbänke und einen gut frequentierten Zebrastreifen in der Innenstadt benötigen, um in Regenbogenfarben für Toleranz zu werben. Wem ist damit geholfen? Wo fängt das an und wo hört das auf? Wenn wir jetzt diese 10 Parkbänke aufstellen und den Zebrastreifen in Regenbogenfarben lackieren, dann haben sie vielleicht die nächste Idee das Rathaus in Regenbogenfarben herunter zu malen oder dass sämtliche Fahnenmasten mit Regenbohnenfahnen beflaggt werden müssen. Das wird dann wahrscheinlich die nächste Idee sein – ich weiß es nicht!

Als Freiheitliche setzen wir uns u.a. ganz besonders für die Themen Tierschutz ein oder für den Kampf gegen die Altersarmut. Wo kommen denn diese Themen unter in der Öffentlichkeit? Haben wir in weiterer Folge die Möglichkeit diese Parkbänke und den Zebrastreifen durch zwei zu teilen und für zwei Themen zu werben oder stellen wir am Ende des Tages vielleicht einen Beauftragten ein, der sich darum kümmert wann welche Bank mit welcher Farbe bemalt wird und wann welche Bank wie lange welche Farbe trägt? Das frage ich mich schon.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Gemeinderat wurde nicht dazu gewählt, um irgendwelche Parkbänke zu bemalen oder irgendwelche Zebrastreifen zu lackieren. Dieser Gemeinderat wurde dazu gewählt die Sorgen, die Anliegen und die Wünsche unserer Bürger zu bearbeiten, und das mit einer Weitsicht. Ich darf sie bitten die Diskussion dahingehend zu leiten, dass man sich überlegt wo die anderen Themen bleiben. Warum muss im Juni genau dieses Thema bearbeitet werden? Ich glaube auch die derzeitige Inflation ist ein großes Thema, wo wir eine sehr große Schicht in Wels ansprechen können und viele Bürger haben, die davon betroffen sind. Wo bleibt dieses Thema?

GR. Mag. Teubl: Es ist schon amüsant! Manchmal habe ich so das Gefühl Wolfgang Fellner ist der Ghostwriter für die Diskussionsbeiträge der FPÖ-Fraktion. Es ist eine wirklich interessante Argumentation, die zu diesem Antrag kommt und es wird mit einer Energie argumentiert, die angesichts dessen, dass dies kein Problem ist, eigentlich schon frapierend ist.

Auch mir ging es so, dass ich während die Kollegin Scheinecker, BA den Antrag begründete, meinen Blick über das Wels-Logo habe schleifen lassen. Dann dachte ich mir, hat da womöglich ein Mitglied der LGBTQ-Community der Stadt Wels das Logo heimlich untergeschoben und auf diese Art und Weise da ein Symbol der Weltoffenheit und Toleranz der Stadt verpasst, das eigentlich überhaupt nicht zu dem passt, was hier herinnen vertreten wird? Ich weiß es nicht.

Der Herr Bürgermeister sagte vorhin wir sollen nicht darüber urteilen seiner Meinung nach, ob etwas rückwärtsgewandt oder fortschrittlich ist. Herr Bürgermeister, es tut mir leid, aber die Ablehnung eines Zeichens der Toleranz kann ich beim besten Willen nicht für fortschrittlich einstufen. Das ist halt einfach ein Zeichen für ein ultrakonservatives, hinterwäldlerisches Denken. Wenn wir diesen Antrag ablehnen, ist das halt wieder einmal leider auch eine neuerliche Dokumentation der Tatsache, dass Wels eben nicht fortschrittlich ist, dass Wels nicht tolerant und weltoffen ist. Da hilft uns das Logo nicht. Hier müssen wir noch einiges ändern in der Überzeugung der Verantwortlichen in dieser Stadt,

wenn wir Wels als Stadt der Weltoffenheit und Toleranz irgendwann einmal doch verkaufen wollen.

GR. Ing. Stojanovic, BSc: Presseaussendung von heute: AK-Präsident Stangl der SPÖ – Schlagzeile: „Studie zeigt auf 29.500 junge Menschen in Oberösterreich brauchen psychosoziale Unterstützung“.

Ein kleines Zitat: Die Ergebnisse einer aktuellen Studie des Instituts of Social, Research and Consulting im Auftrag der Arbeiterkammer OÖ sind alarmierend. Bei rund 40 % der Oberösterreicher hat sich die psychische Gesundheit während der Pandemie verschlechtert. 18 % berichten von Suizidgedanken an zumindest einzelnen Tagen in den letzten Wochen vor der Befragung. Bei den jungen Menschen bis 25 Jahren sind das sogar 35 %.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Lösen wir Probleme dieser jungen Menschen mit einem bunten Zebrastreifen und bunten Bänken? Wir haben in Österreich andere und größere Probleme, die wir lösen müssen. Wir müssen an unsere Bevölkerung denken, die wirklich heute Probleme hat.

Wie Kollege Reindl-Schwaighofer zum Dringlichkeitsantrag der FPÖ sagte, der Antrag wäre eine Affekt-Hascherei über Medien und löst keine Probleme, so denke ich, dass wir mit bunten Bänken und bunten Zebrastreifen keine Probleme lösen. Wir haben in Österreich laut einer Umfrage in allen Mitgliedsländern der EU aufgezeigt, dass wir in Österreich sehr aufgeschlossen gegenüber den Rechten von Schwulen und Lesben sind. In diesem Bereich wurde in Österreich sehr viel umgesetzt. Seit 2019 ist die gleichgeschlechtliche Ehe in Österreich erlaubt. Ebenso ist die Adoption von Kindern bei gleichgeschlechtlichen Paaren erlaubt. Zivil-, Ausländer-, Kinderrechte und Steuerrechte werden unabhängig von sexuellen Richtungen gleichgestellt. Wir haben für diese Menschen sehr viel getan. Lösen wir bitte richtige Probleme. Was bringt eine Symbolpolitik? Gar nichts!

StR. Rammerstorfer: Haben wir nicht andere Probleme? Das hörten wir jetzt bereits mehrfach. Ja, wir haben natürlich andere Probleme, z.B. den Krieg in der Ukraine als großes Problem. Dieser bedingt viele andere Probleme in Sachen Energie, Umwelt, Inflation. Der Krieg wird nicht zuletzt befeuert durch mittelalterliche Männer- oder Rollenbilder, durch Intoleranz, durch Nationalismus und Homophobie. Das sind wesentliche Ursachen für Kriege. Das sind wesentliche Ursachen dafür, dass sich junge Männer in die Schlacht begeben.

Ja, auch die Homophobie ist ein großes Übel, das viel größeres Übel auch in geopolitischem Maßstab mitauslösen kann.

Seit Geburt lebe ich in Wels und in meiner Jugend hatte ich eine ganze Reihe von Bekannten, die dem eigenen Geschlecht zugeneigt waren. Viele erlebten Gewalt, wurden in Welser Lokalen, im sog. Welser Nachtleben zusammengeschlagen. Viele von ihnen sind von Wels weggezogen – eigentlich die meisten. Wir haben ein Problem mit Homophobie auch in unserer Stadt. Letzten Juni hängten die Thalheimer GRÜNEN zwei Regenbogenbahnen auf die Traunbrücken. Diese hingen nicht mal eine Stunde, sie wurden von Jugendlichen heruntergerissen und in die Traun geworfen. So schaut es in der Realität aus.

Wir müssen uns überlegen wie wir die Stadt positionieren. Jede Stadt, die etwas auf sich hält, die machen das nicht nur wegen dem Altruismus sondern durchaus aus Imagegründen, positioniert sie sich liberal und weltoffen, weil sie wollen, dass die gebildeten und kreativen Menschen in der Stadt bleiben. Wels ist damit eine Ausnahme, die sich ganz bewusst anders positioniert und offenbar diese jungen, gebildeten und kreativen Menschen vertreiben möchte. Die Kreativszene zu vertreiben. Das merkt man in der Kulturpolitik in der Stadt, aber auch in der heutigen Debatte.

Wenn wir uns als Hinterwäldlerdorf positionieren wollen, dann bitte. Dafür gibt es wahrscheinlich eine Mehrheit. Dann müssen wir auch mit den Folgen leben, damit leben, dass viele Gebildete wegziehen, Fachkräftemangel, Ärztemangel - mit all diesen Dingen.

Frau Ing. Stojanovic, sie zählten viele Errungenschaften der letzten Jahre in der Gleichberechtigung auf, beispielsweise Adoptionsrecht, gleichgeschlechtliche Partnerschaften uvm. Vieles wurde erreicht, da gebe ich ihnen absolut recht. Aber all das wurde erreicht gegen den Widerstand der politischen Rechten, gegen den Widerstand der Rechtskonservativen. Sich solche Erfolge auf die Fahnen zu heften, steht ihnen wirklich nicht zu.

GR. Schatzmann: Dieses Thema ins Lächerliche zu ziehen ist Sinnbild für die rückwärtsgewandte Politik der FPÖ. Ja, dies nützt der LGBTQ-Community, es ist doch zentrale Aufgabe der Politik Minderheiten den Rücken zu stärken, oder etwa nicht? Warum wehren sie sich so vehement dagegen? Sich gegen das Zeichen der Toleranz zu stellen ist nicht wirklich logisch. Aber gut, was anderes bin ich von euch nicht gewohnt.

Die Wortmeldungen „haben wir nicht andere Probleme, es gibt wichtigere Sachen“ sind einfach lächerlich. Natürlich gibt es andere Probleme, aber zumindest meine Fraktion kann mehrere Themen gleichzeitig bespielen. Das ist möglich. Man muss sich nicht nur auf Ausländerhass spezialisieren.

Das Symbol „Regenbogen“ hilft natürlich psychische Erkrankungen vorzubeugen. Zeigt man dieses Symbol jemanden heißt das du bist nicht alleine, es gibt noch mehr von uns, du bist nicht abnormal, du bist normal. So wie du bist, egal wen du liebst. Bitte können wir jetzt aufhören sich so vehement gegen dieses Symbol des Regenbogens zu stellen. Seid doch einfach ehrlich – es interessiert euch nicht. Ihr seid nicht weltoffen, nicht für Inklusion. Ist ja in Ordnung. Wie der Bürgermeister sehr gerne sagt: Dann seid auch ehrlich und sagt es einfach so!

GR. KR. Schönberger: Ich finde es ja nett, dass sie die österreichweiten Probleme ansprechen, wie Altersarmut, psychische belastete Jugendliche. Das ist super erkannt, ihr tut aber nichts! Wo sind die Anträge von euch zur Lösung? Ich glaube auch nicht, dass wir in Wels die Altersarmut als solches österreichweit oder gar europaweit bekämpfen können. Ich finde das einfach nur heuchlerisch, dass man sich hierherstellt und die Themen gegenseitig abwägt. Man kann nur über das eine reden und muss das andere dabei nicht lassen.

10 Bänke und ein bunter Zebrastrifen – wenn es schon mit dem Symbol so ein großes Problem haben. Letzte Woche war ich in der Mariahilfer Straße. Dort ist genauso ein bunter Zebrastrifen. Von den 1000 Personen, die darüber gehen, werden wahrscheinlich 800

Personen darüber nicht nachdenken über welches Symbol sie gehen. Sie finden diesen einfach nett und bunt. Meine Enkelin hat ein „my little pony“ zu Hause, dieses hat auch einen Schweif mit Regenbogenfarben. Da geht es auch nicht um das Symbol, sondern er ist einfach nur bunt.

Wenn sie mit dem Symbol nicht leben können, dann sagen wir halt es schaut so bunt aus. Wie unser Logo der Stadt Wels, darum können wir auch in Wels damit leben, dass 10 Bänke dastehen und dass man einen Zebrastreifen bunt anmalen kann. Wenn ihnen das Symbol so ein Dorn im Auge ist, so werden sie doch gegen die Buntheit nichts haben. Dann müssen wir das Logo auch wieder anders gestalten, z.B. einfärbig.

Man kann sich auch zurückziehen von einem Standpunkt, den man eingenommen hat nur weil man ein Symbol deuten will und justament glaubt Stellung beziehen zu können, dann leben sie doch einfach damit zu sagen o.k. es ist bunt und schaut nett aus. Wie sie das interpretieren ist ihre persönliche Entscheidung. Der eine sieht das als Symbol für die Weltoffenheit, der andere sagt es sieht einfach nur bunt aus. Wenn es regnet und die Sonne am Himmel erscheint ist auch ein Regenbogen zu sehen, dann werden sie wahrscheinlich auch nicht die Augen zu machen und blind durch die Gegend fahren, weil sie sich das nicht mehr anschauen können. Genau dasselbe erwarte ich mir als Minimumzeichen der Toleranz, dass man sagt o.k. dann leben wir halt einfach damit. Aber man muss sich ja nicht per sé einfach dagegenstellen. Was kosten denn 10 Parkbänke und der Zebrastreifen?

Also gegen die Altersarmut werden wir wesentlich mehr in die Hand nehmen müssen. Vor allem müssen wir einen alten Beschluss der FPÖ und ÖVP widerrufen, nämlich die lebenslange Durchrechnung. Das ist es was den Frauen, die 1960 oder knapp darunter oder darüber geboren sind, heute die Pensionen beschert, die sie bekommen. Wenn die alten Durchrechnungszeiten aufrecht wären, hätten diese vernünftige Pensionen. Es gibt keine Vorschläge, wie man dem begegnen kann. Man hört sie nicht. Man hört alles Mögliche der FPÖ auf Bundesebene, aber keine Vorschläge über die Pensionen der Frauen, die zu Hause bei ihren Kindern blieben oder nur halbtags arbeiten gingen, wie wir diese einigermaßen über die Runden bringen. Diese Vorschläge höre ich einfach nicht. Sie werden nur in diesem Gemeinderat andiskutiert, wo wir in der Stadt Wels mit 60.000 Einwohnern schlicht und ergreifend glauben wir können hier die Weltpolitik oder die Nationalpolitik machen. 10 Parkbänke und einen Zebrastreifen könnten wir hier sehr wohl beschließen.

GR. Hufnagl, MPA: Die Unbelehrbaren werden wir auch mit diesem Regenbogenzebrastreifen und den Parkbänken nicht erreichen. Was ist dann die Alternative? Aufgeben? Das kann es doch auch nicht wirklich sein, oder?

Ich hörte einige haarsträubende Vergleiche bzw. wurde versucht ein paar Dinge in einen gewissen Kontext zu setzen, was mir überhaupt nicht behagt. Lustig fand ich, dass das Welser Logo als Symbol für die LGBTQ-Community angedacht wird. Das war es sicher nicht. Keiner der jeweiligen betroffenen Personen, die dies entschieden haben, wollten dies in Verbindung bringen.

Dann wurde im Nebensatz zum Tierschutz oder das Thema psychische Gesundheit der Kinder angesprochen. Das fand ich ganz spannend. Genau um das geht es ja, um die psychische Gesundheit von Menschen. Wie wir wissen sind jahrzehntelang Menschen

krank geworden, weil sie nicht in der Gesellschaft anerkannt wurden, weil sie eben nicht dem damals geltenden Normalbild entsprochen haben. Diese Menschen wurden krank, wurden oft in den Selbstmord getrieben. Genau um das geht es. Es soll ein Symbol für diese Menschen gesetzt werden, damit sie sehen sie sind in der Gesellschaft angekommen, sie sind ein ganz normaler Teil der Gesellschaft und werden nicht mehr ausgegrenzt.

Zur Frage wo fängt es an und wo hört es auf? Das ist ganz einfach. Wir fangen mit diesen 10 Parkbänken und dem Regenbogenübergang an und über alle weiteren Maßnahmen stimmen wir noch ab. Wir reden genau über diese eine Maßnahme und nichts anderes.

Es geht doch darum, dass sich alle Menschen in Wels wohl- und willkommen fühlen – alle! Ausnahmslos! Das wollen wir doch, dass Menschen in Wels bleiben und nicht wegziehen, weil sie sagen in Wels sind sie rückständig oder da fühle ich mich nicht wohl, fühle mich verfolgt oder nicht aufgenommen, es gibt keine Community oder kein sichtbares Zeichen, dass alle Menschen gleichbehandelt werden. Es geht darum, dass die Menschen in Wels bleiben und Menschen nach Wels ziehen. Wir wollen ja in Wels ein studentisches Leben haben, wir wollen Arbeitskräfte in Wels haben, wir wollen eine Vielfalt in der Kultur haben. Es kann doch nicht sein hier bewusst eine Politik zu haben, die Menschen signalisiert ihr seid in Wels, im Herzen von Österreich, im Herzen von Europa nicht willkommen.

StR. Schäfer, BSc MSc: Wenn nun die Debatte ausufert und wir plötzlich beim angeblichen Ausländerhass der FPÖ sind, dann muss ich mich dazu melden. Sehr geehrter Herr Kollege Schatzmann, bei aller Wertschätzung! Das ist wirklich der größte Blödsinn, den ich je in einer Debatte hier herinnen hörte. Solche Wortmeldungen, die einfach mit dem Thema überhaupt nichts zu tun haben und irgendwie der Bogen gespannt wird von Homophobie zur Ausländerfeindlichkeit, der hat hier nichts zu Sache. Es geht um den Antrag und um den reden wir jetzt wieder.

Ich spreche jetzt nicht über die psychische Heilsamkeit des allgemeinen Regenbogens, ich spreche auch nicht über einen möglichen Fachkräftemangel, weil wir keinen bunten Zebrastreifen haben und ich will auch keine weltpolitischen und österreichpolitischen Themen lösen, wie z.B. abweichende Pensionen oder irgendeinen Pay-Gap, den es in Österreich gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf betonen: Wir von der FPÖ stehen auch dafür, dass jeder sein Leben so gestalten kann wie er das möchte. Das steht übrigens auch in der Verfassung so. Ich bin kein Jurist, ich weiß nicht wo es noch steht, aber das ist gut so. Ich darf aber auch betonen, dass wir von der FPÖ Wels diese Art der Politisierung und dieser Polarisierung im öffentlichen Raum nicht wollen.

GR. Ebetshuber: Als Volkspartei verpflichten wir uns natürlich zu den Grundrechten. Wir sind aber auch für Toleranz gegenüber anderen Meinungen, anders leben und anders sein. Ob Parkbänke, die bemalt werden das richtige Mittel im Juni ist, wissen wir allerdings nicht, hingegen stehen diese für Symbolkraft. Das Schulende naht, bis die Parkbänke bemalt werden ist es vermutlich September/Oktober. Ob sie dann noch aufgestellt werden ist fraglich - eventuell eine Aktion für das nächste Jahr.

Wenn wir von Toleranz sprechen, dann möchte ich noch Folgendes sagen: Ich konnte in der letzten halben Stunde in viele Gesichter meiner Kollegen blicken. Süffisantes Lächeln

oder Herabmachen, sich lustig machen über andere, über unsere Kollegen gehört für mich nicht zur Toleranz. Sollte der Fußgängerübergang in der Ringstraße jetzt in Regenbogenfarben erstrahlen und uns daran erinnern, dass wir andere Meinungen unserer Kollegen im Gemeinderat stehen lassen können, dann würde ich das persönlich sehr begrüßen. Toleranz, Vielfältigkeit und Wahlfreiheit benötigen neben Worten manches Mal auch Symbole. Daher begrüßen wir diesen Antrag und werden diesem zustimmen.

GR. Wehofsich: Verzeihen sie mir meine juristische Unwissenheit. Wir haben doch Juristen im Gemeinderat und Stadtsenat, oder? Helfen sie mir bitte zu einer Entscheidung zu kommen. Dürfen Heteropersonen über diesen Zebrastreifen gehen und sich auf bunte Parkbänke setzen? Danke für die Antwort.

GR. Mag. Drack: Was sind die wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen bei diesem Thema? Bei einigen Wortmeldungen der FPÖ hörte man heraus, dass dieses Thema nicht so relevant sei, dass es nur Symbolpolitik sei. Aus der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen weiß ich, dass Symbole sehr stark wirken und durchaus psychische Probleme lösen können. Hier wird mir vielleicht Frau Wohlschlager, die beim Verein Abenteuer Familie mit Kindern arbeitet, auch zustimmen können, dass gerade Kinder mit sehr offenen Augen durch die Welt gehen. Bei Jugendlichen ist das Gott sei Dank auch noch so. Wenn sich im öffentlichen Raum etwas verändert, gerade wenn es ein Schutzweg ist, der symbolisch aufgeladen ist. Es ist die Straßenverkehrsordnung, es geht um staatliches Handeln – so wird dies von den Jugendlichen wahrgenommen, was den Straßenverkehr betrifft. Wenn dort ein Zebrastreifen durch einen bunten Schutzweg ersetzt wird, fällt das den Kindern und Jugendlichen auf und sie sprechen darüber. Man darf diese Multiplikatoreffekte gar nicht unterschätzen. Sie reden dann auch in der Community darüber, warum ist das denn so? Warum hat sich jetzt die Farbe geändert? Einerseits pflegt es den Diskurs, andererseits schafft es eine Situation, wo sich Betroffene sehr stark unterstützt fühlen von der Öffentlichkeit, weil es eben ein staatliches Handeln ist oder in einem hochgeladenen staatlichen Raum, dem Straßenverkehr stattfindet.

Zum Thema psychische Probleme habe ich momentan stark schlucken müssen, wie dies Frau Kollegin Ing. Stojanovic angesprochen hat. Es stimmt, Kinder und Jugendliche haben massive psychische Probleme, aber gerade die Politik der Stadt Wels, wo halt auch die FPÖ mit dem Thema Jugend die Verantwortung trägt, zeigt, dass gerade diese Politik der FPÖ die psychischen Probleme massiv verschärft hat, da ein Versagen der Jugendpolitik festzustellen ist. Thorsten, auch wenn die den Kopf schüttelst, die Probleme im Bereich Jugendarbeit müssen schon einmal angesprochen werden. Jugendzentren wurden zugesperrt, in der Skaterhalle wurde das Personal abgezogen, Mitarbeiterkündigungen im Bereich Jugend bzw. die Arbeitsbedingungen – was man hört – nicht besonders gut sind, dann darf man sich nicht wundern, wenn die psychischen Probleme der Jugendlichen größer werden.

Die FPÖ-Gemeinderäte sollten wirklich Abstand nehmen von diesen Lippenbekenntnissen. Einerseits wird immer großartig inszeniert wir sind so weltoffen oder wir sind so jugend- und familienfreundlich, wir machen etwas gegen Armutsbekämpfung und die Praxis zeigt aber genau das Gegenteil.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Unsere Stadt, unsere Werte, unsere Regeln! – nicht unbekannt in Richtung September 2021. Ich fühle mich zurückversetzt in dieser heutigen Diskussion

an genau diesen Wahlspruch der FPÖ. Es sieht so aus, als es tatsächlich ihre Stadt, ihre Werte und ihre Regeln sein sollen.

Liebe Kollegen der FPÖ, es ist nicht ihre Stadt. Es ist unsere Stadt und unsere Stadt ist vielfältig und bunt. Natürlich gibt es aktuell einen Krieg mehrere hundert Kilometer vor unserer Haustür. Natürlich haben wir noch immer mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Natürlich sehen wir uns einer extremen Teuerung gegenüber. Natürlich haben wir leider gerade bei den Jugendlichen und den Kindern eine steigende Suizidrate. Natürlich befinden sich viele Menschen in der Armutsfalle. Das alles soll uns aber nicht daran hindern, dass wir als Stadt Wels auch ein Zeichen setzen können. Ein Zeichen für die Vielfalt und Buntheit unserer Stadt, ein Zeichen für Toleranz.

Wenn ich mir manche Wortmeldungen anhöre, dann schmerzt mich das fast ein wenig. Mir würde wirklich interessieren, wer die eine oder andere Wortmeldung niederschreibt. Ich glaube nicht Kollege Mag. Teubl, das es Christian Fellner ist, aber vielleicht gibt es Ghostwriter mit anderen Namen.

Selbst bin ich sehr weltoffen und auch bezüglich Sexualität sehr offen erzogen worden. Es war in der Zeit, in der ich groß geworden bin, nicht selbstverständlich. Aber ich hatte sehr fortschrittliche Eltern, Großeltern und Urgroßeltern, die rund um 1900 geboren wurden und die damals schon im Geiste sehr offen und fortschrittlich waren. Die beste Freundin meiner Gattin – das klingt jetzt etwas komisch – ist bekennende Lesbierin. Daher haben ich und meine Frau sehr viel Kontakt in diese Community. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unterhält euch einmal genau mit diesen Personen, dann seht ihr welche Themen und Problematiken diese Menschen haben.

Wenn ich mir die eine oder andere Wortmeldung so durch den Kopf gehen lasse sehe ich die Miele- und Vorwerkwerbung der 60iger und 70iger Jahre vor mir, wo die Frauen hinter dem Herd stehen und die Frauen auch tatsächlich den Staubsauger in der Hand halten. Also das ist ein wenig so eine grundsätzliche Geisteshaltung, die vielleicht der eine oder andere in der Bevölkerung mit sich trägt.

Lieber Ralph, du sagtest es richtig – ihr wollt das nicht! Es geht tatsächlich nur um das Wollen. Ich denke, wenn wir alle wollen – hier appelliere ich an Herrn GR. Wehofsich, weil du sagtest, helft mir in meiner Entscheidungsfindung – Jörg, wir kennen uns richtig lang, horche einfach auf dein Herz, tue das, was du meinst es ist richtig. Wenn du nicht immer auf das Hirn, sondern wirklich auf das Herz hörst, wird wahrscheinlich deine Entscheidung in Richtung dieses Antrages gehen.

Ich sagte bereits bei TOP. 2 – Herr Bürgermeister, wir haben unterschiedliche gesellschaftspolitische Zugänge. Manches ist eher fortschrittlich in die Zukunft denkend und manches rückwärtsgewandt.

Bgm. Dr. Rabl: Wir diskutieren diesen TOP wirklich sehr umfangreich. Ich möchte aber trotzdem einen kleinen Rückblick wagen. Vor ca. drei Monaten wurde die Forderung erhoben aufgrund des Ukraine-Krieges man möge doch alles Mögliche gelb, blau bemalen oder beleuchten etc. Damals lehnte ich das schon ab aus einem ganz einfachen Grund, weil ich sagte der Ukraine ist mit einer Bemalung von Parkbänken oder Beleuchtung von Gebäude in blau oder gelb nicht geholfen. Wenn wir etwas tun wollen, dann müssen wir etwas konkret tun. In der Folge sammelten wir mehrere tausend Euro, ein Konzert wurde

veranstaltet, weil damit der Ukraine geholfen wurde und nicht mit einer Beleuchtung des Welios oder ein paar Parkbänken.

Einen ähnlichen Zugang habe ich bei dieser Frage. Es geht hier nicht um die Frage, ob wir in Wels tolerant sind oder nicht, nur weil wir jetzt 10 Parkbänke anmalen und wären wir tolerant, nur weil wir das tun, dann würde ich es sofort tun. Nur das würde überhaupt nichts ändern. Wenn wir schon für Toleranz kämpfen und Toleranz wollen, dann müssen wir jeden Tag daran arbeiten. Da bringt es nichts, wenn andere Meinungen als hinterwäldlerisch oder als hasserfüllt abgekanzelt werden. Toleranz ist übrigens auch eine Tugend, die man gerade demjenigen zugutekommen lassen muss, der eine andere Meinung hat. Wenn man gerade diese Meinung des anderen als Unsinn, Blödsinn oder sonst etwas abkanzelt, dann ist man am allerwenigsten tolerant. Vielleicht sollten das die Herrschaften, die das heute hier getan haben, auch einmal ein bisschen mitbedenken.

Wenn es um Symbolpolitik geht, dann kann ich ihnen sagen, es gibt zahlreiche Farben. Das hörten wir heute bereits. Ich machte mir die Mühe und suchte es heraus: Weiß als Farbe für den Frieden, gelb für die Solidarität von Militärangehörigen, orange gegen Gewalt an Frauen, rot gegen Gewalt an Kindern, rosa gegen den Brustkrebs, pink gegen den Rassismus, grün für die Akzeptanz psychischer Erkrankter, blau gegen die Vernachlässigung von Kindern. Also wir hätten viele Farben, mit denen wir irgendwelche Bänke bemalen könnten als Symbol für oder gegen das eine oder vielleicht auch gegen das andere. Das fehlt mir in dieser Debatte komplett. Warum jetzt eine einzige Angelegenheit herausgenommen und gesagt wird, da wollen wir etwas Besonderes haben.

Wenn gesagt wird, das machen sie überall und deswegen sind wir hinterwäldlerisch und deswegen wollen nach Wels keine Leute mehr kommen, dann muss ich korrigieren: In Wels leben die meisten jungen Leute und wer sich das Bezirksranking in Österreich genau anschaute weiß, dass was die Jugendlichkeit in dieser Stadt betrifft, wir ganz, ganz vorne dabei sind. Im Gegensatz zu vielen anderen.

Ich glaube das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Die sexuelle Orientierung ist prinzipiell einmal Privatangelegenheit. Ich glaube auch, dass jeder, egal welche sexuelle Orientierung oder egal welches Geschlecht er oder sie hat, dass jeder die Möglichkeit haben soll nach seinem Gusto diskriminierungsfrei zu leben. Auch das ist ein Prinzip, welches wir in unserer Stadt verwirklicht haben und verwirklicht haben wollen.

Aber diese Symbolpolitik ist etwas, was ich ablehne. Nochmals machte ich mir jetzt gerade die Mühe und schaute, wie das denn andernorts aussieht. „ZackZack“ hat mir wieder einmal geholfen. Da steht: TÜRKIS und GRÜN stimmen gegen die Regenbogenfarben. Im Jahr 2020 wurde der Antrag von den NEOS eingebracht, man möge doch Regenbogenfahnen vor den Ministerien aufhängen. Wer hat dies abgelehnt? Die GRÜNEN und die ÖVP, weil es nicht um Symbolpolitik geht. Alles, was sie hier heute sagten Herr Schatzmann, könnte ich genauso sagen an ihre Partei, die genau das gemacht hat. Ich gehe aber noch ein bisschen weiter. Ich schaute weiter und bin auf der SPÖ-Seite fündig geworden (es gibt ein gutes Archiv). Dann, man glaube es nicht, die GRÜNEN haben gegen einen besseren Diskriminierungsschutz der LGBTQ-Bewegung gestimmt. Es geht nicht darum ob ich eine Fahne aufhänge, es geht darum, wenn es um eine konkrete Maßnahme geht, dass wir für diese konkrete Maßnahme sind. Danach bemisst sich also in der Folge, ob ich etwas für jemanden tue oder nicht und nicht in dem ich eine Parkbank aufstelle oder einem Zebra-Streifen da oder dort bemale. Sie können schon recht haben,

das mag eine bürgerliche Haltung sein, ja! Aber dazu stehen wir auch. Wenn es nicht ihre Meinung ist, dann ist es halt unsere Meinung und die ist nicht schlechter oder besser, hinterwäldlerisch oder vorderwäldlerisch als andere. Es ist nur eine andere Meinung und man kann sie mit Fug und Recht auch vertreten, ohne dass man sich Fremdenhass oder irgendetwas anderes vorwerfen lassen muss. Es ist einfach eine andere Meinung. Ich verwehre mich ständig dagegen, dass Meinungen nur mehr bewertet und nicht mehr diskutiert werden. Gehen wir doch bitte wieder darauf zurück, dass wir über Meinungen diskutieren mit Argumenten ohne gleich zu sagen ist eh klar, die Welser sind ganz weit hinten, die Welser wollen aus dieser Stadt irgendetwas machen.

Lieber Klaus, du sagtest „ihr Wels“ und „unser Wels“. Wir schrieben nicht umsonst auf das Plakat „unsere Stadt, unsere Werte“ nicht „ihre Stadt und ihre Werte“. Hättest du das Plakat besser in Erinnerung behalten und es nicht einseitig uminterpretiert, dann hättest du den Sinn auch tatsächlich verstanden. So muss ich mir die Frage stellen hast du es nur schlecht gelesen oder schlecht verstanden. Ich gehe davon aus, du hast es gut gelesen und wolltest es schlecht verstehen. Insofern verstehe ich den von dir gebrachten Vorwurf nicht wirklich, weil es ist genau darauf gestanden was du sagtest es sollte draufstehen, nämlich „unsere Stadt“ und nicht „ihre Stadt“. Also, es ist mir schon wichtig in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass man alles missverstehen kann, wenn man es missverstehen will.

Ich bleibe dabei, wir sind als FPÖ der Meinung, dass wir mit einer Symbolpolitik der Sache selbst nicht dienen und wir bleiben bei der Ablehnung dieses Antrages. Ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, es möge über diesen Antrag geheim abgestimmt werden.

Dem Antrag zur Geschäftsordnung von Bgm. Dr. Rabl auf geheime Abstimmung wird mit

17 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion + GR. Mag. Teubl)

beigetreten.

GR. Faber: Ich wollte kurz auf das von Herrn Bürgermeister Gesagte eingehen. Die flüchtende Ukraine-Bevölkerung und die LGBTQ-Community – dieser Vergleich hinkt im Sinne der Symbolik. Außerdem gebe ich ihnen Recht, die FPÖ hat natürlich eine Meinung, die weder vorwärts noch rückwärts noch sonst irgendwie bewertet wird. Ich mag das nicht einmal bürgerlich bewerten, allerdings ist es schade aus Prinzip etwas abzulehnen. Sie forderten Toleranz gegenüber jeder Meinung, aber der Blick geht immer in unsere Richtung und eindeutig in die Opposition. Es ist schon auch so, dass Polemik und Dramatik von ihrer Seite genauso kommen und die Eröffnungsworte ihrer Kollegin waren, muss man sich als Heterosexueller jetzt verstecken oder man fühlt sich beschämt. Symbolpolitik hin oder her, da kann man dafür oder dagegen sein, aber das bringt schon ein Drama mit sich, das nicht nur auf dieser Seite verhaftet ist. Das Outen der Freundin ihrer Frau, Herr Vzbgm. Mag. Schinninger, ist auch irgendwie eigenartig.

GR. Wiesinger: Rund 6 % der Bevölkerung bezeichnet sich selbst als gleichgeschlechtlich, lesbisch oder schwul. Wenige hier herinnen wissen wie es diesen Personen geht. Kollege Rammerstorfer sagte richtig, es gibt immer wieder Vorfälle, wo solche Bevölkerungsgruppen angegangen und bedroht werden. Wenn dieser Bevölkerung ein Regenbogen hilft, ist das ein Grund zuzustimmen. Ein Regenbogen tut niemanden weh, wenn ich meine Kinder frage, dann zeigen sie mir ihr Einhorn.

Jeder versteht unter dem Regenbogen etwas anderes. Diese Gruppe sieht es als positives Beispiel. Die Stadt Wels hat sich am 26. März beteiligt beim Worth the day, wo wir die Sehenswürdigkeiten nicht beleuchtet haben. Da haben wir das Klima auch nicht gerettet, das war auch eine Symbolpolitik und die Stadt hat sich daran beteiligt. Es ist immer das Thema was will man und was nicht. Persönlich stimme ich diesem Antrag zu.

GR. Huber, MPA: Jetzt sitze ich 25 Jahre in diesem Gemeinderat, aber dass zu so einem Punkt so lange und mit so viel Zynismus diskutiert wird ist unglaublich. Unglaublich ist auch die geheime Abstimmung. Macht ja nichts, kann man vielleicht jetzt öfter machen. Warum wehren wir uns so gegen Regenbogenbänke und den Regenbogenschutzweg?

Der Tag gegen Gewalt an Frauen – wir hissen die Fahnen, wir beleuchten unsere Gebäude, wir tun es einfach. Das löst aber sicher nicht das Problem Gewalt an Frauen. Mir fielen viele andere Dinge in der Stadt ein, z.B. mehr Geld für das Projekt STOP – Gewalt in den Stadtteilen. Da könnten wir wirklich aktiv sein. Aber wir machen trotzdem diese Symbolpolitik und beleuchten Gebäude. Also warum man sich jetzt so dagegen wehrt, verstehe ich einfach nicht. Es ist ein schönes Zeichen, welches wir setzen könnten und kostet wahrscheinlich auch nicht viel Geld. Gehen wir doch gemeinsam diesen Schritt zu mehr Toleranz!

GR. Scheinecker, BA: Zu ein paar Punkten möchte ich reflektieren. Von GR. Aspetzberger kamen Worte, dass der Gemeinderat gewählt wurde um die Welser zu vertreten und wir uns den Aufgaben widmen sollen. Danke Kollege Wiesinger für deine Wortmeldung. Es geht nicht darum was ein Regenbogen für uns für Symbol darstellt. Es ist völlig egal, ob ich eine emotionale Verbindung habe oder ob sich irgendwer dadurch vertreten fühlt oder nicht, solange es für jedes einzelne Opfer von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität dieser Menschen wichtig ist, reicht das komplett. Mehr braucht man gar nicht.

Dieser Gemeinderat wurde nicht nur gewählt aus Vertretern der FPÖ, sondern es sind auch Sozialdemokraten vertreten, Kollege Hufnagl von den NEOS, Kollegen der ÖVP und GRÜNEN-Fraktion. Soll ich nun das Sprachrohr der LGBTQ Community sein, bin ich das gerne.

Aufgefallen sind mir noch das Wort Provokation in Verbindung mit einem Regenbogen und das Wort Poralisierung. Ich möchte mir die Diskussion hier herinnen gar nicht vorstellen, wenn wir im Gemeinderat einen Kollegen haben, der sich vielleicht als Transgender definiert. D.h. eine männlich gewesene Person sitzt hier mit einem Rock. Ich möchte mir das heimliche Gelächter nach einer Gemeinderatsitzung nicht vorstellen. Es geht sehr wohl darum, dass wir als Mehrheitsgesellschaft, die wir uns nicht der LGBTQ-Community zuordnen, einfach nur den Mund aufmachen, wenn irgendwer deformiert wird. Um mehr geht es gar nicht.

Wer sich von einem Regenbogen provoziert fühlt, der fühlt sich erst recht davon provoziert, wenn Männer möglicherweise in der Öffentlichkeit schmusen oder er fühlt sich dadurch bedroht. Wenn wir schon so weit sind, dann müssen wir eine Diskussion über Regenbögen wahrscheinlich noch sehr oft führen. Wahrscheinlich brauchen wir dann in jeder Gemeinderatsitzung einen Dringlichkeitsantrag zu dieser Sache.

Wir könnten aber was Konkretes tun, wie z.B. betroffene Jugendliche unterstützen oder eine Solidaritätserklärung abgeben, dass wir sie jeder Zeit in Schutz nehmen, wenn sie Angst vor Diskriminierung haben müssen.

Zur Diskussion „ein Regenbogen hilft keinem“. Z.B. TANDEM hilft Akutkindern. Hier diskutieren wir jedes Mal wieder ob eine Finanzierung gebraucht wird, ob sie genügt oder nicht genügt. Das sind die ersten Posten wo wir überlegen, ob wir vielleicht mit dem Geld auskommen. Da reden wir nicht über Erhöhungen. Das wären akute Punkte, wie psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, wo wir das tun könnten und es aber nicht tun. Es geht nicht darum irgendwelche Hausmauern mit Regenbogenfarben zu bemalen.

Es geht bei dieser ganzen Thematik darum sich zu überleben was das Wort Toleranz heißt. Es reicht nicht, dass Menschen, die sich in dieser Stadt als lesbisch, schwul, transgender oder wie auch immer outen, toleriert werden und wir sie nicht als Provokation empfinden, wenn sie so leben wie sie es möchten. Wenn der Regenbogen diese Provokation oder Polarisierung schon darstellt, dann freue ich mich über jeden einzelnen der zustimmt. Mit allen anderen sollten wir noch viele Diskussionen über Toleranz führen.

Die Sitzung des Gemeinderates ist zur Abhaltung der geheimen Abstimmung von 18.30 bis 18.50 Uhr **UNTERBROCHEN**.

Bgm. Dr. Rabl verkündet das Ergebnis der geheimen Abstimmung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS wird in geheimer Abstimmung mit

	<u>18 Ja-Stimmen</u>
gegen	<u>18 Nein-Stimmen</u>
	<u>abgelehnt.</u>

Bgm. Dr. Rabl dankt für die rege Diskussion.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Aussetzung der mit 01. Juli 2022 in Kraft tretenden CO2-Steuer;
Resolution an die Bundesregierung
Verf-015-I-10-2022

GR. Mag. Hammerl: Mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag laden wir sie ein gemeinsam mit uns eine Resolution an die Bundesregierung zu verabschieden. Die Resolution hat die Absicht die Bundesregierung zum Umdenken zu bewegen und von der Einführung der geplanten CO2-Steuer Abstand zu nehmen. Jedenfalls aber diese auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Die Steuern finanzieren den Staatshaushalt und sichern die Erfüllung der Staatsaufgaben, also eine Finanzierungsfunktion. Sie nehmen Geld und somit Wirtschaftsmacht des Einzelnen und geben es der öffentlichen Hand. Die Wirtschaftsmacht des Individuums wandert sozusagen von der Privatperson zur Staatsautonomie. D.h. weg von Markt und hin zur Politik. Damit ist die klassische Umverteilung gemeint. Die Steuern können dazu eingesetzt werden, um Gesellschaft und Wirtschaft zu steuern und zu lenken. Damit sind wir bei der Lenkungsfunktion.

Mehr als 230.000 Menschen über 65 Jahre sind in Österreich von akuter Altersarmut betroffen. Zwei Drittel der Menschen sind Frauen, alleine im vergangenen Jahr gab es eine Zunahme von über 8 %, die zusätzlich in die Altersarmut geschlittert sind. Gemäß den Berechnungen der BVA lag die Durchschnittspension im Jahr 2020 bei gerade 1.000 Euro. Ab einem Betrag von 1.030 Euro spricht man von akuter Altersarmut.

Ich hoffe jeder von uns kann sich vorstellen was es bedeuten muss, mit solch einem geringen Geldbetrag in der Pension über die Runden zu kommen, seine Fixkosten zu decken und von ein paar wenigen Euro am Tag zu leben. Bei dieser erschreckenden Zahl hoffe ich nicht, dass die Bundesregierung vorhat die Finanzierungsfunktion der CO₂-Steuer zu nützen, um jene Leute noch mehr zu belasten, die jetzt schon kaum noch etwas zum Leben haben. Es tut mir im Herzen weh, wenn wir bedenken, dass unsere Eltern, Großeltern und Urgroßeltern, die Österreich wieder aufgebaut haben und uns den Wohlstand ermöglichten, jeden Tag aufs Neue schauen müssen wie sie sich die Butter am Brot noch leisten können.

Das WIFO hat berechnet, dass das unterste Einkommensquintil zur Deckung seines Energiebedarfes für das Wohnen 7 % seiner Einkünfte aufwenden muss. Dabei ist die notwendige Mobilität noch nicht einmal eingerechnet. Im höchsten Einkommensquintil - die 20 % der Bestverdiener in diesem Land – nutzen lediglich 2 % ihrer Ausgaben zur Deckung der Energie für ihre Wohnbedürfnisse. Menschen mit geringem Einkommen sind von der Einführung der CO₂-Steuer um das Vierfache stärker betroffen als Gutverdiener.

Umverteilung sieht eigentlich ganz anders aus! Umverteilung wäre genau das Gegenteil von dem, was die CO₂-Steuer bewirkt. Also kann die Umverteilung einer Steuer für die Berechnung einer CO₂-Steuer nicht gelten. So bleibt nur mehr die Funktion der Lenkung über. Genau diese Funktion wurde auch ins Treffen geführt für die Einführung dieser neuen CO₂-Steuer.

Wir alle wissen, dass die Energiepreise in den letzten Monaten durch die Decke gegangen sind und wir uns in sehr herausfordernde Zeiten stürzen. Der Preisanstieg lag bei über 80 % alleine in den letzten Monaten. Die CO₂-Steuer hat zur Absicht auf das Verhalten der Menschen Einfluss zu nehmen und sie zu einem anderen Verhalten zu lenken. Bei einem Preisanstieg von über 80 % in wenigen Monaten braucht es keine Steuer, die das Verhalten der Menschen verändern soll.

Einzelne überlegen sich zwei Mal, ob sie noch mit dem Auto fahren, die Heizung überhaupt einschalten sollen oder kontrollieren zwei Mal, ob das Licht noch brennt. Damit ist die CO₂-Steuer mit ihrer Lenkungsfunktion von der Gegenwart eingeholt worden. Jedes staatliche Verhalten wird einer sachlichen Rechtfertigung unterzogen. Gerade dieses Sachlichkeitsgebot ist nicht mehr gegeben bei der CO₂-Steuer. Die Stadt Wels hat sehr schnell und wirkungsvoll geholfen. Wir haben mit der Einführung des Energiekosten-

zuschusses tatsächlich innerhalb kürzester Zeit tatsächliche Notlagen etwas lindern können. Damit ist dieses Welser Modell zum Vorbild von verschiedensten Gebietskörperschaften, sowohl von Ländern, Gemeinden als auch vom Bund geworden.

Ich ersuche sie, gemeinsam mit uns an die Bundesregierung eine Resolution zu richten und uns dafür einzusetzen, dass diese Steuer bis auf Weiteres jedenfalls nicht in Kraft tritt.

GR. Mag. Teubl: Dieser vorliegende Antrag ist zum Teil, wie ich schon bei der Debatte am Beginn der Sitzung zur Dringlichkeit ausführte, obsolet, weil eine Verschiebung des Inkrafttretens bereits geplant ist. Die Tatsache, dass dieser Antrag aufrechterhalten wurde, kann ich nur dahingehend deuten, dass es um etwas anderes geht. Dass es nicht um eine Verschiebung geht, sondern darum die Steuer auszusetzen. Mit aussetzen ist offensichtlich auch nicht gemeint sie momentan nicht in Kraft zu setzen, sondern sie überhaupt nicht in Kraft zu setzen.

Das heißt, diese Resolution wendet sich gegen die CO₂-Bepreisung. Ich sage jetzt mit voller Absicht nicht CO₂-Steuer, weil diese CO₂-Bepreisung auch keine neue Steuer ist. Im Gegenzug dazu was Kollege Mag. Hammerl jetzt gerade sagte. Er bringt diese CO₂-Steuer auch noch in Zusammenhang mit der zunehmenden Armut in Österreich. Da haben die Verfasser dieses Antrages einfach das System nicht verstanden. Es geht hier schlicht und ergreifend um die Ökologisierung des Steuersystems. Diese Ökologisierung hat zwei einander bedingende und im Zusammenhang stehende Seiten.

Die eine Seite ist eine CO₂-Bepreisung, geplant mit 01.Juli und wird wahrscheinlich im Oktober vermutlich Inkrafttreten. Jede Tonne CO₂ wird Geld kosten und wird sich natürlich auf den Spritpreis niederschlagen mit rund 7 Cent. Die zweite Seite dieser Ökologisierung des Steuersystems bedeutet einen Klimabonus für jeden von uns. Dieser Klimabonus wird im Oktober ausbezahlt, im heurigen Jahr sogar in einem höheren Ausmaß als es eigentlich geplant (250 Euro) war.

Warum dann das Ganze? Auf der einen Seite wird mir Geld genommen und auf der anderen Seite wird mir Geld gegeben. Das klingt jetzt nicht besonders logisch. Es klingt nur dann logisch, wenn ich mir ansehe wer in diesem Land viel Energie verbraucht und damit viel CO₂-Ausstoß verursacht. Wer also klimaschädliches bzw. klimafreundliches Verhalten an den Tag legt. Die Absicht dieser Steuerreform der Ökologisierung des Steuersystems ist eben das Umsteuern. Eine Steuer sollte vernünftiges Verhalten belohnen, unvernünftiges monetär bestrafen.

Genau das sollte hier auch der Fall sein. Je höher die Einkommen sind, umso mehr wird normalerweise Energie verbraucht. Es wird ein dickeres Auto gefahren, öfter geflogen usw. Gerade die einkommensschwachen Menschen – die dem Kollegen Mag. Hammerl und seiner Fraktion offensichtlich so am Herzen liegen – profitieren ja von dieser Steuerreform, weil sie durch den Klimabonus mehr Geld zurückbekommen als ihnen durch die CO₂-Bepreisung weggenommen wird. Diejenigen, die sehr umweltschädlich unterwegs sind, werden draufzahlen. Allerdings sind das nicht die Ärmsten der Armen. So wird es tatsächlich durch diese Steuer zu einer Verhaltensänderung kommen, auch durch die Steigung der CO₂-Bepreisung.

Wird abgelehnt, dass die CO₂-Bepreisung überhaupt kommen soll, dann wird die Ökologisierung des Steuersystems überhaupt abgelehnt. Damit wird ausgedrückt, dass

uns das Klima schlichtergreifend wurscht ist. Wenn man es nicht ablehnt, so muss man einsehen, dass die Ökologisierung der Steuerreform und die CO2-Bepreisung in Zusammenhang mit dem Klimabonus keineswegs den ärmeren Bevölkerungsschichten in Österreich neue Lasten auferlegen, sondern ganz im Gegenteil bringt es einen Vorteil für sie.

Es geht um eine ökologische Steuerreform, die gleichzeitig auch eine soziale ist. Ich rede jetzt gar nicht von den anderen Maßnahmen der Bundesregierung zum Teuerungs- ausgleich, sondern nur von dieser ökologischen Steuerreform, die hier offensichtlich endgültig zum Verschwinden gebracht werden will mit diesem Antrag. Gegen eine solche Formulierung wehren wir uns natürlich vehement, denn genau das braucht unser Land ganz dringend. Wollen wir irgendetwas erreichen, irgendein von der EU oder Österreich festgeschriebenes Klimaziel erreichen, dann geht es ohne diese Ökologisierung dieser Steuerreform nicht. Dafür ist jede Verschiebung ausgesprochen schädlich.

GR. Mag. Hammerl: Im Antrag steht dezidiert auch „vorübergehend aussetzen“.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

	<u>27 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + SPÖ-Fraktion, MFG)
gegen	<u>8 Nein-Stimmen</u> (ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
	<u>angenommen.</u>

GR. Mag. Drack hat die Sitzung des Gemeinderates um 18.52 Uhr verlassen und nahm an der Abstimmung zu diesem TOP nicht teil.

Bgm. Dr. Rabl: Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Danke für die rege Diskussion und den Austausch. Sitzung geschlossen!

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 26.09.2022 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.